

aus  
politik  
und  
zeit  
geschichte

beilage  
zur  
wochen  
zeitung  
das parlament

Lord Robertson of Oakridge

Potsdam 1945 —  
die Bundesrepublik 1965

Ernst Deuerlein

Die Deutsche Frage auf der  
Konferenz von Potsdam

B 35/65

1. September 1965

Lord Robertson of Oakridge, geb. 22. Juli 1896, besser bekannt unter dem Namen Sir Brian Robertson, war 1945—1947 Stellvertretender Militärgouverneur, 1947—1948 Militärgouverneur der britischen Zone und 1949—1950 britischer Hoher Kommissar in der Bundesrepublik.

Ernst Deuerlein, Dr. phil., o. Professor für Geschichte an der Phil.-Theol. Hochschule Dillingen/Donau. Geb. 9. September 1918 in Rückersdorf bei Nürnberg. 1947 Eintritt in den bayerischen Staatsdienst; vornehmlich in der Bayerischen Staatskanzlei tätig. Habilitation an der Universität Erlangen—Nürnberg. 1961 kom. Vertreter, dann Inhaber des Lehrstuhls für Geschichte zu Dillingen.

Veröffentlichungen u. a.: Der Bundesratsauschuß für die auswärtigen Angelegenheiten 1871—1918, Regensburg 1955; Das Reichskonkordat, Düsseldorf 1956; Die Einheit Deutschlands, Bd. I: Die Erörterungen und Entscheidungen der Kriegs- und Nachkriegskonferenzen 1941—1949, Frankfurt/Main 1961<sup>2</sup>; Joseph Görres, Geistesgeschichtliche und politische Schriften der Münchner Zeit (1928—1938), in: Joseph Görres, Gesammelte Schriften, Bd. 15, Köln 1958; Der Hitler-Putsch. Bayerische Dokumente zum 8./9. November 1923, in: Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 9, Stuttgart 1962; Potsdam 1945. Quellen zur Konferenz der „Großen Drei“, München 1963; Der

deutsche Katholizismus 1933, Osnabrück 1963; Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg 1945—1955, in: Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. IV Abschnitt 6, Konstanz 1964. Zahlreiche Aufsätze vornehmlich zur Verfassungs-, Sozial- und Zeitgeschichte. Bearbeiter, zusammen mit Hansjürgen Schierbaum, der bisher erschienenen Bände der vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen herausgegebenen „Dokumente zur Deutschlandpolitik“: Bd. III/1 (5. Mai—31. Dezember 1955), Frankfurt/Main 1961; Bd. III/2 (1. Januar bis 31. Dezember 1956), Frankfurt/Main 1963.

Herausgeber:

Bundeszentrale für politische Bildung,  
53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung  
DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Tel. 34 12 51, nimmt gern entgegen:

Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und  
Zeitgeschichte“

Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung  
DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum  
Preise von DM 2,— monatlich bei Postzustel-  
lung

Bestellungen von Sammelmappen für die Bei-  
lage zum Preise von DM 5,— zuzüglich Ver-  
packungs- und Portokosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus  
Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Mei-  
nungsäußerung der herausgebenden Stelle  
dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung  
und Urteilsbildung.



## Potsdam 1945 – die Bundesrepublik Deutschland 1965

Am 8. Mai 1965, auf den Tag 20 Jahre nach der Unterzeichnung des deutschen Waffenstillstands, unterhielten sich General Eisenhower und Feldmarschall Montgomery vor der Fernsehkamera. Diese beiden Männer haben nicht nur entscheidend zum Sieg beigetragen, sie waren auch die ersten, die von ihren Ländern mit der Aufgabe betraut wurden, nach dem Siege in Deutschland die oberste Gewalt zu übernehmen. Zwar blieben sie nicht lange dort, weil sie zu anderen Aufgaben berufen wurden, aber sie waren die ersten.

General Eisenhower erinnerte an einen Tag im Jahre 1945, an dem Präsident Roosevelt mit ihm in Washington über seine Pläne für die Besetzung Deutschlands nach dem Sieg und für die Sicherung des künftigen Friedens sprach. Hier unterbrach ihn Feldmarschall Montgomery mit der Frage: „Können Sie sagen, ob das alles Ihrer Ansicht nach gut ausgegangen ist?“ „Nein“, erwiderte der General, „das nicht. Wir haben keinen Frieden. Der Kampf dauert an.“ (Die Worte sind nicht genauso gefallen, geben aber, wie ich hoffe, in etwa den Sinn wieder.)

1954 war ich Feldmarschall Montgomerys Stellvertreter bei der Militärregierung in Deutschland und wurde später selbst ihr Chef. Ich blieb fünf Jahre in Deutschland und vertauschte 1949, als die deutsche Bundesrepublik gegründet wurde, das Amt des Militärgouverneurs mit dem des Hohen Kommissars.

Meine Antwort auf die Frage des Feldmarschalls wäre anders ausgefallen. „Unter Berücksichtigung aller Umstände“, hätte ich gesagt, „ist alles erstaunlich gut gegangen.“

Wenn ich sage „unter Berücksichtigung aller Umstände“, denke ich in erster Linie daran, daß die Pläne, die für die Behandlung Deutschlands nach dem Siege aufgestellt worden waren, auf einer Reihe ganz falscher Vorstellungen darüber beruhten, wo die eigentlichen Schwierigkeiten liegen würden. Von dieser Kritik müßten wir die Russen ausnehmen. Soweit man in die dunklen und unheimlichen Winkel von Stalins Hirn einzudringen vermag, muß man zugeben, daß er der größte Realist von allen war. Er war in der glücklichen Lage, zu wissen, was er selbst

wollte. Die Männer aber, die aus den Vereinigten Staaten und England in Teheran, Quebec, Jalta und Potsdam zusammentrafen, hatten sich ein vollkommen falsches Bild von der Lage gemacht, die sie in Deutschland vorfinden würden. Darüber hinaus hatten sie sich völlig falsche Ziele gesteckt. Ich will damit keine Kritik üben und behaupten, daß wir alle klüger gehandelt hätten, wenn wir in ihrer Lage gewesen wären. Ich sage nur, wie ich es sehe. Gewiß, in Jalta begann wenigstens Churchill ein Licht aufzugehen, und in Potsdam breitete sich bei der britischen Delegation ein starkes Unbehagen aus; aber da war es schon zu spät, um wieder von vorne anzufangen. Außerdem war die Erleuchtung noch nicht bis zur amerikanischen Delegation durchgedrungen.

Von allen falschen Vorstellungen hatten die, denen sich Präsident Roosevelt hingab, die schwerwiegendsten Folgen, denn sie beherrschten das amerikanische Denken und Handeln in den ersten zwei sehr wichtigen Jahren nach dem deutschen Zusammenbruch. Roosevelt starb zwar einen Monat vor der Unterzeichnung des Waffenstillstands, aber der Einfluß seines starken Charakters blieb vorherrschend und sein in weltpolitischen Fragen völlig unerfahrener Nachfolger hielt sich — und das war sehr verständlich — an die gegebene Linie — jedenfalls so lange, bis er Zeit gehabt hatte, sich ein eigenes Urteil zu bilden. Präsident Roosevelts „Großer Plan“ für den künftigen Frieden der Welt beruhte auf einer die Vereinten Nationen beherrschenden russisch-amerikanischen Partnerschaft,

Ernst Deuerlein:

**Die Deutsche Frage auf der  
Konferenz von Potsdam . . . . . S. 9**

wobei wahrscheinlich eine enge Freundschaft mit Großbritannien ausgeschlossen gewesen wäre. Hand in Hand mit dieser Konzeption ging eine harte Deutschlandpolitik. Die grausame Unmenschlichkeit des Morgenthau-Plans, Deutschland seine gesamte Industrie zu nehmen, ging zwar selbst Roosevelt zu weit, aber der Plan wurde eigentlich nur aufgeschoben und nicht fallen gelassen.

Frankreich, das weder in Jalta noch in Potsdam vertreten war, ist seitdem stets bestrebt gewesen, die Verantwortung für die Folgen dieser Konferenzen von sich zu weisen. Seine

Dieser Beitrag erschien zuerst im Juli-Heft der Londoner Vierteljahresschrift INTERNATIONAL AFFAIRS, die vom Royal Institute of International Affairs herausgegeben wird. Der Abdruck ist vom Verfasser autorisiert.



Einstellung zu Deutschland kam deutlich zum Ausdruck in der auf der Pariser Konferenz vom Mai 1946 erhobenen Forderung, das Ruhrgebiet von Deutschland abzutrennen und durch eine internationale Behörde verwalten zu lassen. (Bei der gleichen Konferenz schlug Byrnes für die Vereinigten Staaten die vollständige Entwaffnung Deutschlands auf 25 Jahre vor!)

Wenn man ein Urteil fällen will über das, was in jenen fünf Jahren geschah, in denen die oberste Gewalt in Deutschland in den Händen der Alliierten und nicht bei den Deutschen lag, so muß man sich den Hintergrund vor Augen führen, sich erinnern, wie es begonnen hatte.

Die Ziele der Besetzung wurden im Potsdamer Abkommen festgelegt. Kurz zusammengefaßt lauteten sie:

1. Abrüstung und Entmilitarisierung, Ausschaltung oder Überwachung der gesamten deutschen Industrie, die für die Kriegsproduktion benutzt werden konnte.
2. Das deutsche Volk sollte davon überzeugt werden, daß es eine totale militärische Niederlage erlitten habe.
3. Entnazifizierung.
4. Vorbereitung der „endgültigen Umgestaltung des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage und einer eventuellen friedlichen Mitarbeit Deutschlands am internationalen Leben“.

Die Reihenfolge ist bezeichnend, ebenso das Wort „eventuell“ im letzten Absatz.

Als ich im Juli 1945 nach Deutschland kam, wurde mir dies als Auftrag übergeben. Außerdem erhielt ich ein Exemplar des Buches von Brigadegeneral Morgan, *Assize of Arms*, das uns bei der Aufgabe, eine heimliche Wiederaufrüstung der Deutschen zu verhindern, als Leitfaden dienen sollte. Ich hatte zwei Jahre (1932/33) beim Völkerbund in Genf verbracht und mit eigenen Augen gesehen, wohin es geführt hatte, daß man Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg nicht richtig behandelt hatte. Mein Vater, der damals eine Zeitlang Militärgouverneur gewesen war, sprach häufig mit mir über die Fehler und Probleme jener Jahre. „Die Vorstellung, daß man ein Land wie Deutschland auf unbestimmte Zeit niederhalten könne, ist töricht“, pflegte er zu sagen. Oder: „Mit Bajonetten kann man beinahe alles machen, aber man kann nicht darauf sitzen. Diese Besetzung wird nicht lange dauern und wir müssen die Situation rasch wieder in Ordnung bringen.“ Die Alliierten waren untereinander aber uneinig, und die Amerikaner, was noch wichtiger war, kehrten

Europa den Rücken; der Völkerbund schwankte in seiner Haltung hin und her. Das Ergebnis war Hitler. Wir durften die gleichen Fehler nicht noch einmal machen.

Als erstes aber — und zwar sehr rasch — entdeckte ich, daß die Männer an Ort und Stelle andere Dinge im Kopf hatten. Sehr bald erkannte ich, daß die Voraussetzungen, auf denen unsere Politik gegründet war, falsch waren und daß es auf die Ziele, die man erreichen wollte, überhaupt nicht ankam. Die eigentliche Gefahr für die Zukunft Europas und für den Frieden der Welt war nicht Deutschland, sondern Rußland. Das unmittelbare Ziel hatte nicht zu sein, Deutschland zu zerschlagen — es lag ja schon am Boden —, sondern es wiederaufzubauen und dabei so klug wie möglich vorzugehen. Wir mußten Deutschland retten — physisch vor Hunger, Schmutz und Not, geistig vor der Verzweigung und vor dem Kommunismus.

Montgomerys beweglicher Verstand hatte das natürlich klar erkannt. Sein Hauptberater für nichtmilitärische Fragen war Gerald Tempier, ein Mann, den ich immer gern gehabt und geachtet hatte. Er war sich über die wahre Lage vollständig im klaren, und ich war froh, ihn als meinen Stellvertreter gewinnen zu können.

Die Besetzung Deutschlands war zum großen Teil geplant und vorbereitet worden, als die Feindseligkeiten noch im Gange waren. Ein großer Stab von Fachleuten für alle Sparten der Verwaltung war zusammengestellt worden, in dem die wichtigsten Posten mit hervorragenden Männern besetzt waren. Viele von ihnen haben später hohe Ämter in der Politik, der Diplomatie, der Industrie, im Erziehungswesen und anderswo bekleidet. Als sie nach Deutschland kamen, wollten sie sich voller Begeisterung in die Arbeit stürzen, aber das erste, was sie tun mußten, war, sich völlig neu zu orientieren. Einigen gelang das nie.

In London dauerte die Neuorientierung noch länger. Zunächst lag die Verantwortung für die Militärregierung in Deutschland beim Kriegsministerium. Diese offensichtlich absurde Zuständigkeitsordnung wurde nach wenigen Monaten geändert. Das Foreign Office brauchte jedoch Zeit, um eine Organisation auf die Beine zu stellen, die diese ungeheure und noch nie dagewesene Verantwortung auf sich nehmen konnte. Außerdem hatte Außenminister Ernest Bevin persönliche Gründe, den Deutschen gegenüber besonders verbittert zu sein. Er konnte sich nur schwer damit abfinden, daß die Voraussetzungen, die von der Koalitionsregierung der Kriegszeit über-



nommen und von Premierminister Attlee und ihm selbst in Potsdam endgültig bestätigt waren, falsch sein sollten.

Den Amerikanern gingen erst bei der Moskauer Konferenz vom März 1947 endgültig die Augen auf. Dort ließ Rußland keinen Zweifel daran, daß es nicht die geringste Absicht hatte, Deutschland, wie in Potsdam vereinbart, als wirtschaftliche Einheit zu behandeln oder den Deutschen zu erlauben, baldige Fortschritte auf dem Wege zur demokratischen Selbstverwaltung im Sinne der Westmächte zu machen. Nun endlich wurde den Vereinigten Staaten klar, daß sie auf unabsehbare Zeit für die Ernährung Deutschlands, die Verwaltung der amerikanischen Zone und für die Verteidigung Europas eine gewaltige Last würden auf sich nehmen müssen, wenn sie weiterhin den Dingen ihren Lauf ließen.

Es schien mir richtig, diese Hintergründe ausführlich zu schildern, denn nur wenn man sie kennt, kann man die Erfolge und das Versagen der alliierten Besatzungspolitik gerecht beurteilen.

Auf der negativen Seite unserer Arbeit war die Entwaffnung eine verhältnismäßig unkomplizierte und klare Aufgabe. Die Entmilitarisierung hingegen brachte viel mehr Komplikationen mit sich. Die Planer hatten lange Listen aufgestellt von Anlagen, die im Rahmen der Entmilitarisierung zerstört oder entfernt werden sollten. Es war nicht immer leicht, diese Listen mit dem, was tatsächlich an Ort und Stelle vorgefunden wurde, in Einklang zu bringen. Noch schwieriger war, daß sich die Frage geradezu aufdrängte, ob es angesichts des in Trümmern liegenden Deutschlands klug sei, gerade die Dinge zu zerstören, die Deutschland einen späteren wirtschaftlichen Wiederaufbau ermöglichen könnten. Hierfür waren Schiffswerften und Trockendocks ein besonders schlagendes Beispiel. Zwar waren sie während des Krieges dazu benutzt worden, um Schiffe für die deutsche Marine zu bauen und wieder instandzusetzen, und sie konnten auch wieder zu diesem Zweck benutzt werden; aber sie stellten auch ein sehr wertvolles Gut der deutschen Wirtschaft im Frieden dar. Eines war mir bei diesen Überlegungen sehr klar: Es war nicht unsere Aufgabe, den Deutschen Hindernisse in den Weg zu legen, um der britischen Industrie bei einem künftigen Konkurrenzkampf einen Vorteil zu verschaffen, und ich kann ehrlich sagen, daß wir in dieser Hinsicht sehr gewissenhaft waren. So blicke ich heute mit einer gewissen Befriedigung auf eine an sich unbedeutende Begebenheit zurück: Auf einigen Wiesen in der unmittelbaren Umgebung von Hannover standen Flug-

zeughallen, die im Zuge der Entmilitarisierung zerstört werden sollten. Mir wurde die Bitte vorgetragen, diese Hallen zu verschonen und sie den deutschen Behörden zu übergeben als Grundstock für eine Industrieausstellung. Auf diesem Platz steht die große Hannoversche Messe, die heute zu den bedeutendsten in Europa gehört und wesentlich zum deutschen Wiederaufbau beigetragen hat. Was die Reparationen betrifft, so kann man bestenfalls sagen, daß die Alliierten nach dem Zweiten Weltkrieg an diesem Problem ebenso gescheitert sind wie nach dem Ersten, wenn auch nicht aus den gleichen Gründen. Es waren sorgfältig ausgearbeitete Pläne gemacht worden, deren Verwirklichung jedoch viel Zeit beanspruchte. Die Deutschen waren verständlicherweise nicht besonders hilfsbereit und brachten gegen die Entfernung irgendeiner bestimmten Anlage tausend Gründe vor. Die Sache zog sich viel zu lange hin und erregte natürlich Verstimmung und Groll. Ja, es ist überraschend, daß dieser Groll nicht noch viel heftiger war. Jedenfalls war er aber stark genug, um ein ernstes Hindernis bei der Verwirklichung unserer politischen Pläne zu bilden. Ich habe seit dem Kriege Gelegenheit gehabt, viele Stahlwerke und andere Fabriken in England zu besuchen, die von diesen Reparationen etwas erhalten hatten. Ich habe nicht einen Fall erlebt, in dem die Betriebsleitung bereit gewesen wäre, zu erklären, daß das Empfangene dem Betrieb wesentliche Vorteile gebracht habe. In mehr als einem Fall lag das aus Deutschland entfernte Gerät ungenutzt auf freiem Felde herum. In Deutschland waren die Stahlwerke und überhaupt die Industrie, denen man ihre überalterten Anlagen genommen hatte, gezwungen, moderne Maschinen anzuschaffen, die vorwiegend aus alliierten Mitteln finanziert wurden. Natürlich hoffen wir alle, daß es nie wieder einen großen Krieg geben wird, ja wir *müssen* es hoffen, wenn wir überleben wollen. Es ist deshalb unlogisch zu sagen, daß unsere Versuche, Reparationen aus Deutschland herauszuholen, uns eine Lehre sein sollten. Aber vielleicht darf man mit einer gewissen Berechtigung den Schluß ziehen, daß die ganze Angelegenheit sich im Grunde nicht gelohnt hat.

An die Frage der Entnazifizierung sind wir mit großem Ernst herangegangen. Ein Versuch, zu einer Übereinstimmung der vier Mächte über ein einheitliches Verfahren für ganz Deutschland zu gelangen, scheiterte bald an der Starrköpfigkeit der Sowjets. So führte jeder der Alliierten verschiedene Maßnahmen in der eigenen Zone durch. Die Anordnungen in der britischen Zone waren das Ergebnis



der sehr sorgfältigen Planung eines begabten britischen Offiziers namens Heyman. Sie waren meiner Ansicht nach gründlich genug, auf vernünftige Weise human und so weit wie möglich gerecht. Es wäre zweifellos besser gewesen, die ganze unangenehme Aufgabe den Deutschen selber zu überlassen, aber ihr Justizwesen war damals noch nicht genügend ausgebaut. Außerdem hätte die öffentliche Meinung in den alliierten Ländern damals kaum davon überzeugt werden können, daß diese Aufgabe befriedigend gelöst würde, wenn man sie Deutschen überließe. Tatsächlich sind die Deutschen bei der Entnazifizierung selbst viel rücksichtsloser vorgegangen als die Alliierten. Ich persönlich bedauere, daß sie dieser Angelegenheit auch jetzt noch kein Ende bereitet haben.

Eine Frage, die die Alliierten zu lösen hatten, war die der Kriegsverbrechen; sie bereitete mir großes Unbehagen, hauptsächlich deshalb, weil die Prozesse sich viel zu lange hinzogen. Ich war sehr erleichtert, als wir der ganzen Geschichte ein Ende machten und die meisten Generäle begnadigten, die im wesentlichen nur deshalb im Gefängnis sitzen mußten, weil ihr Land den Krieg verloren hatte.

Damit komme ich zu einer allgemeinen Bemerkung über diesen ganzen Teil — den negativen, strafenden, Vergeltung übenden Teil — unserer Arbeit. Der große Fehler, den wir begangen haben — und es war ein sehr englischer Fehler —, war meiner Überzeugung nach, daß wir viel zu lange dazu gebraucht haben. Wir waren so sehr bemüht, das Richtige zu tun, gründlich und gerecht zu sein und beide Seiten zu sehen. Die russische Methode war das genaue Gegenteil. Als die russischen Truppen nach Deutschland kamen, stürmten sie durch die Städte, die Dörfer und Konzentrationslager, sie schossen sofort, ohne Gerichtsverhandlungen und ohne große Bedenken. Ihre Truppen plünderten und vergewaltigten, wie sie Lust hatten. Ihnen folgte ein Schwarm von Fachleuten, die Maschinen, die in Rußland benötigt wurden, mitnahmen. Die militärischen Befehlshaber wurden angewiesen, Reparationen aus der laufenden Produktion herauszuholen, obwohl gerade diese Form der Reparationen im Potsdamer Abkommen ausgeschlossen worden war. Ebenso plötzlich wie sie begonnen hatten, wurden die Plünderungen abgebrochen, die Disziplin wurde wiederhergestellt, für die Reparationen wurden Fristen gesetzt. Niemand wird dieses Verfahren empfehlen, keinesfalls würden wir es nachahmen wollen. Andererseits hat es zweifellos zu einer Art roher Gerechtigkeit geführt, den Russen selbst eine gewisse Befriedigung gewährt und im

großen und ganzen weniger Haß ausgelöst als die Methoden, deren wir uns bedienten. Vielleicht kann man die Behandlung eines besiegten Feindes mit der eines ungezogenen Kindes vergleichen. Die Strafe sollte rasch auf die Tat folgen, sie sollte weh tun, aber sie sollte nicht lange dauern.

Nicht ohne Erleichterung wende ich mich der konstruktiveren Seite unserer Arbeit zu. Noch während des Krieges war, wie ich schon sagte, ein großer Stab für die Verwaltung des besetzten Deutschlands aufgestellt worden. Darüber hinaus hatte die 21. Armeegruppe bei ihrem Vormarsch einen verhältnismäßig umfangreichen militärischen Stab an Ort und Stelle eingesetzt. Die Auswahl der Leute war nicht immer glücklich gewesen, die Versuche waren groß und es wurde viel kritisiert, zum Teil mit Recht. Die Situation hätte eine katastrophale Entwicklung nehmen können, sie wurde aber gerettet dank der Tatsache, daß die führenden Leute gut ausgesucht und, von wenigen Ausnahmen abgesehen, außerordentlich tüchtig waren.

Am Anfang neigten wir alle dazu, zu viel zu tun. Der Engländer liebt die Rolle des Prokonsuls und eignet sich auch ausgesprochen dafür, denn wir haben große Erfahrung darin. Aber es war nicht unsere Aufgabe, die britische Zone in Deutschland zu kolonisieren, sondern das deutsche politische Leben wieder in Gang zu bringen. Den deutschen Verwaltungsapparat haben wir — von der rein örtlichen Ebene abgesehen — zu langsam wieder aufgebaut. Es darf aber wohl daran erinnert werden, daß wir aus London zu rascherer Arbeit überhaupt nicht ermutigt wurden. Ernest Bevin rühmte sich ein Mann zu sein, der Wort hielt. Er hatte das Potsdamer Abkommen unterzeichnet, und die Russen waren eindeutig gegen eine Zentralverwaltung in jeder Form. Die Franzosen waren in dieser Hinsicht ebenso unnachgiebig, und Bewin wollte sie nicht gern drängen.

Sehr bald trieben uns jedoch die Ereignisse dazu, Maßnahmen zur Wiederherstellung der deutschen Wirtschaft zu ergreifen, wie sie in Potsdam bestimmt nicht erwogen worden waren. Die Deutschen in der britischen und in der amerikanischen Zone hungerten, Lebensmittel mußten in großem Umfang eingeführt werden, und es lag auf der Hand, daß die deutsche Wirtschaft instandgesetzt werden mußte, dafür zu zahlen. Es konnte kaum sinnvoll sein, daß Amerikaner und Engländer schwer arbeiteten, um Lebensmittel für die Deutschen zu bezahlen, anstatt daß die Deutschen selbst arbeiteten und für ihre Lebensmittel selber aufkamen. Es wurde damals



gesagt — vor allem von Byrnes in seiner Rede in Stuttgart im September 1946 —, Schuld an dieser Lage sei die russische Weigerung, Deutschland als wirtschaftliche Einheit zu behandeln. Das russische Verhalten trug zwar zur Verschlimmerung der Lage bei, aber in Wirklichkeit hatte die Ostzone nicht so viele Lebensmittel, daß sie dem Westen in Hülle und Fülle hätte abgeben können, wenn nur die Russen entgegenkommender gewesen wären. Die Schwierigkeiten lagen tiefer. Der Krieg hatte die deutsche Wirtschaft ruiniert, und die Lage war unendlich verschlechtert worden durch die Abtrennung gerade jener Gebiete im Osten, die Deutschlands Kornkammer gewesen waren, sowie durch die brutale Vertreibung der Einwohner dieser Gebiete, wodurch die Bevölkerung der westlichen Zonen um fast 10 Millionen angewachsen war. In dieser überaus ernsten Lage entstand die Partnerschaft zwischen den Besetzern und den Besetzten, eine Partnerschaft mit einem gemeinsamen Ziel — die deutsche Wirtschaft so rasch wie möglich wiederaufzubauen. Als ich in dieser Zeit einmal nach London fahren mußte, ersuchte ich um eine private Unterredung mit dem Handelsminister. Ich bat ihn mir zu versichern, daß die Regierung sich klar darüber sei, was wir in Deutschland machten. Begreife man, daß wir den Deutschen dazu verhalfen, später unsere Konkurrenten zu werden? Sir Stafford Cripps war, glaube ich, überrascht, aber er sah die Notwendigkeit ein. Das deutsche „Wunder“ ist in erster Linie von den Deutschen selbst vollbracht worden, jedoch ohne die Hilfe der Amerikaner und Engländer wäre es nie in Gang gekommen. Die Deutschen sind stets bereit gewesen, das zuzugeben.

Die Währungsreform von 1948 bot das Sprungbrett für diese wirtschaftliche Wiedergenesung. Manche behaupten, das Verdienst für diesen erstaunlich erfolgreichen Schritt gebühre den Amerikanern, andere sagen, den Deutschen. In Wirklichkeit war es eine gemeinsame Anstrengung, an der die Engländer ihren vollen Anteil hatten. Ich denke mit Dankbarkeit daran, daß ich sehr wertvolle Ratschläge aus London bekam; außerdem hatte ich in Deutschland sehr tüchtige Finanzfachleute. Für die letzten Entscheidungen hat man mir aber ein hohes Maß von Freiheit gelassen.

Das gleiche gilt für die Anweisungen, die ich für den Wiederaufbau des deutschen Verwaltungs- und Regierungsapparates erhielt. Die jetzige Verfassung der Bundesrepublik ist in fast unveränderter Form das 1949 von den Militärgouverneuren (Großbritanniens, Frankreichs und der Vereinigten Staaten) genehmigte Grundgesetz. Es hat sich bewährt —

die Deutschen sind zufrieden damit. Auch diese Verfassung beruht auf der gemeinsamen Arbeit der Deutschen und der drei Militärgouverneure (und natürlich ihrer Stäbe). Die Franzosen wollten eine weitgehend dezentralisierte Verfassungsordnung mit starken Länderregierungen, über denen nur eine schwache Zentralgewalt stehen sollte. Die Amerikaner waren der Ansicht, die deutsche Verfassung solle so weit wie möglich ihrer eigenen nachgebildet sein. Wir, die wir weitgehend nach eigenem Ermessen handeln durften, waren lediglich darum bemüht, den Deutschen eine Verfassung zu geben, unter der sie zufrieden leben konnten und die gegen jene Art von Angriffen gefeit sein würde, die sich in der Vergangenheit als so unheilvoll für die deutsche Demokratie erwiesen hatten. Das Grundgesetz, das so entstand, spiegelt in seinen Hauptzügen meiner Ansicht nach den englischen Standpunkt etwas deutlicher wider, als den unserer Verbündeten. Es wäre aber falsch, unseren Anteil allzu hoch zu bewerten. Unsere Ideen haben sich nicht immer durchgesetzt, und wenn General Clay nicht gedrängt hätte, würden die Deutschen vielleicht heute noch über einige strittige Punkte diskutieren.

Das Wiederaufleben der Gewerkschaftsbewegung, besonders in der britischen Zone, erwies sich als Stabilisierungsfaktor von unschätzbarem Wert in der Zeit, in der ein Verwaltungsapparat auf höherer Ebene noch fehlte. Den Gewerkschaften, die unter ihren Führern ausgezeichnete Männer besaßen, konnten wir bei dem Wiederaufbau ihrer Organisation helfen, ohne in Whitehall Unruhe zu erregen. Ernest Bevin und seine Labour-Regierung freuten sich über die Fortschritte auf diesem Gebiet.

Es wäre noch über vieles andere zu sprechen: von unserer Arbeit im Erziehungswesen (es war eine große Genugtuung, daß die Deutschen Robert Birley ehrten, nachdem er das Land verlassen hatte); für Presse und Rundfunk (wir können wenigstens für uns in Anspruch nehmen, daß wir den Deutschen ihre erste wirklich nationale Zeitung gegeben haben); von der Neuordnung der deutschen Polizei (wir haben wirklich versucht, den in Deutschland völlig neuen Gedanken einzuführen, daß der Polizist der Freund des Volkes ist. Hingegen haben wir keinen Versuch gemacht, die deutsche Polizei nach unserem eigenen merkwürdigen System zu reorganisieren, und haben zugelassen, daß die Polizei Waffen trug, wie sie es immer getan hatte.)

Bei dieser ganzen Arbeit war man ständig der Kritik der Neunmalklugen ausgesetzt.



„Finden Sie nicht, daß Sie Ihre Zeit verschwenden?“ fragten sie. „Sie können doch nicht den Charakter eines Volkes ändern!“ Auf diese spöttischen Bemerkungen gibt es keine erschöpfende Antwort. Man darf aber dazu sagen, daß das deutsche Volk sich selbst in diese hoffnungslose Lage hineinmanövriert hat und daß es das genau wußte. Es war nicht fähig, ohne fremde Hilfe herauszukommen. Überall dort, wo die Alliierten Männer von echter Integrität und hervorragenden Fachkenntnissen einsetzten, haben die Deutschen zunächst gerne unter ihnen, später mit ihnen zusammen gearbeitet. Natürlich haben wir Fehler gemacht. Im ganzen, glaube ich, überwiegen aber die positiven Leistungen, und auch die Deutschen sind dieser Ansicht.

General Eisenhower bezog sich in den Bemerkungen, die ich zu Beginn dieses Aufsatzes zitiert habe, auf die Gesamtbemühungen, den Weltfrieden zu sichern. In diesem Sinne ist sein Pessimismus verständlich, wenn ich auch sagen muß, daß die Gefahr eines Weltkrieges mir noch nie in meinem Leben geringer erschienen ist als heute. Aber dieser Aufsatz befaßt sich nicht mit einem so weiten Gebiet. Ich habe nur versucht, die Pläne wieder ins Gedächtnis zu rufen, die die Alliierten für die Behandlung Deutschlands nach der Niederlage aufgestellt hatten, und in groben Zügen zu schildern, wie sie tatsächlich verwirklicht wurden. Nun ist es an der Zeit, das Ergebnis zu betrachten.

Westdeutschland ist heute ein blühendes und zufriedenes Land mit einer stabilen und demokratischen Regierung. Es ist ein treues Mitglied der NATO und ein aufrichtiger Partner der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (übrigens hat niemand den Wunsch, uns in der EWG zu haben, so deutlich geäußert wie die Deutschen). Es gibt keine wirklichen Anzeichen für ein Wiederaufleben des Militarismus oder des Nationalsozialismus. Während ich schreibe, reist unsere Königin durch Deutschland, wo sie offensichtlich mit aufrichtiger Verehrung und Freundschaft begrüßt wird. Überdies haben wir die wahrhaft erstaunliche Entstehung der Freundschaft zwischen Westdeutschland und Frankreich miterlebt.

In Ostdeutschland liegen die Dinge natürlich ganz anders. Die jetzige Teilung Deutschlands ist ein Teil des Preises, der gezahlt werden mußte. Eines Tages werden die Russen die Richtigkeit der Äußerungen meines Vaters einsehen; aber dieser Tag mag vielleicht noch auf sich warten lassen. In der Zwischenzeit sollten wir alles tun, damit am Tage

der Wiedervereinigung Deutschland sich in das neue Europa einfügt.

Wenn die Urheber der verschiedenen Vereinbarungen, die im Potsdamer Abkommen gipfelten, die heutige Lage hätten voraussehen können, so wären sie zweifellos in vieler Hinsicht damit sehr zufrieden gewesen. In Wirklichkeit sind die positiven Ergebnisse nur in sehr geringem Maße ihr Verdienst, während sie an den üblen Nachwirkungen in hohem Maße schuld sind. In der überhitzten Atmosphäre des Sieges ist kein Platz für staatsmännische Klugheit. (Andererseits ist man noch viel klüger, wenn man im nachhinein urteilt.)

Wem gebührt also das Verdienst? Ein Teil sollte — das ist nur recht und billig — der den angelsächsischen Völkern innewohnenden Anständigkeit und ihrer christlichen Nächstenliebe zugeschrieben werden. Angesichts des hungernden Deutschlands erwachte ihr Gewissen, und das war der Anfang. Ein großer Teil gebührt dem deutschen Volk; wie vielschichtig sein Charakter ist, wieviel Erschreckendes und wieviel Gutes enthält er! Eine Eigenschaft wird ihm niemand absprechen — den Mut. Dieser sein Mut ist in der Tat ein wesentlicher Faktor gewesen.

Nationaleigenschaften sind die Grundlage für wunderbare Erfolge. Es gibt aber keine Wunder, wenn nicht die Männer da sind, die ihr Volk führen. Blicke ich auf die letzten 20 Jahre zurück, so habe ich keinerlei Zweifel, daß das Handeln bestimmter führender Persönlichkeiten entscheidend zu der Wendung zum Guten beigetragen hat. Ich will nur eine erwähnen: Konrad Adenauer. Er ist ein echter Deutscher mit einem wirklich komplexen Charakter; aber es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß Deutschland, Europa und die Welt allen Grund haben, für die Klugheit des „alten Fuchses“ in diesen kritischen Jahren dankbar zu sein. Ich erwähne ihn, weil er wirklich herausragte. Neben ihm hat es bei den Deutschen sowie bei den Alliierten aber noch viele führende Männer gegeben, die eine entscheidende Rolle gespielt haben. Das eigentliche Wunder besteht darin, daß sie gefunden werden konnten, als man ihrer am meisten bedurfte.

Es gibt heute Leute, die uns sagen, Gott greife in die Angelegenheiten der Menschen nicht ein und es sei falsch, das von ihm zu erwarten. Wenn ich mit meinem schlichten Verstand auf Potsdam im Jahre 1945 zurückblicke und dann auf Westeuropa im Jahre 1965 schaue, so scheint es mir doch, daß hier eine klügere Macht am Werke gewesen ist als die der Menschen.



# Die Deutsche Frage auf der Konferenz von Potsdam

## IV. Verlauf der Konferenz

### 1. Eröffnung am 17. Juli 1945

Präsident Truman verließ am 7. Juli mit dem schweren Kreuzer „Augusta“ die Vereinigten Staaten von Amerika, ging am 15. Juli in Antwerpen an Land und begab sich von Brüssel aus auf dem Luftwege nach Berlin. Truman benutzte die Überfahrt zur eingehenden Vorbereitung der Konferenz. Er besprach sich nicht nur mit dem neuernannten amerikanischen Außenminister James F. Byrnes, sondern auch mit zahlreichen hohen Beamten der amerikanischen Bundesämter<sup>129)</sup>. Präsident Truman befand sich in gehobener Stimmung. Er hatte am 26. Juni 1945 in San Francisco der Unterzeichnung der Charta der Vereinten Nationen beigewohnt<sup>130)</sup>. Die Beschwörungen des britischen Premierministers Churchill hatten auf ihn geringen Eindruck gemacht. Truman kam mit dem Amerikanern eigentümlichen Optimismus nach Potsdam, überzeugt, es werde der Konferenz gelingen, nicht nur die Deutschland betreffenden Fragen, sondern alle weltpolitischen Angelegenheiten im guten Einvernehmen zu klären. In seinem Reisegepäck führte der amerikanische Präsident ein umfangreiches Instruktionsbuch, das „Briefing Book“ mit, in dem für alle möglichen Themen Ansichten und Richtlinien niedergelegt waren.

Durchaus nicht optimistisch, sondern aus mehreren Gründen verbittert und verärgert, begab sich Premierminister Churchill nach Berlin<sup>131)</sup>. Seit dem Ende der Konferenz von Jalta lebte er in einer fast täglich sich steigernden Unruhe über die Entwicklung vornehmlich in Europa. Mit großer Sorge verfolgte er die territorialen und politischen Veränderungen in Südost-, Ost- und Mitteleuropa. In Gesprächen mit amerikanischen Diplomaten wurde er nicht müde, die Europa und dem Westen von der Sowjetunion drohenden Gefahren aufzuzeigen. Innenpolitische Schwierigkeiten kamen dazu. Das von allen Parteien gebildete Kriegskabinett war auseinandergebrochen, der Wahlkampf war hart. Über deren Ausgang machte sich Churchill zunächst keine Gedanken; er rechnete damit, daß das britische Volk ihm die Politik des Behauptens und Durchhaltens honorieren werde — er erwartete einen bemerkenswerten Wahlsieg seiner Partei, der Konservativen. Der Umstand freilich, daß das endgültige Wahlergebnis während der Konferenz von Potsdam bekanntgegeben werden sollte, war ihm lästig. Auch hatte er während der diplomatischen Vorbereitung der Konferenz eine Prestigeniederlage hinnehmen müssen.

König Georg VI. hatte die Absicht, während der Konferenz von Potsdam die in Berlin stationierten britischen Truppen zu besuchen und — was wohl der eigentliche Grund war — Gespräche mit den in Berlin weilenden Staatsmännern zu führen. Die Nachricht darüber nahm Stalin mit so abweisender Verwunderung auf, daß Churchill sich beeilen mußte, zu erklären, der König sei durch andere Termine nicht in der Lage, Berlin einen Besuch abzustatten<sup>132)</sup>. Die britische Politik wich vor der sowjetischen Politik zurück.

In einer anderen Frage konnte sich Premierminister Churchill behaupten. Präsident Truman hatte den Wunsch geäußert, vor Beginn der Dreierkonferenz mit Stalin zusammenzutreffen und mit ihm weltpolitische Fragen zu erörtern: Ein Gipfeltreffen zwischen dem ersten Mann des Westens und dem ersten Mann des Ostens sollte der Dreierkonferenz vorausgehen, wodurch gleichzeitig zum Ausdruck gebracht werden sollte, daß die dritte Konferenzmacht, Großbritannien, eine Art Verzierungsdarstellung und am Konferenztisch nur geduldet sei. Unter Aufbietung aller sachlichen Argumente und seiner persönlichen Empfindsamkeit gelang es Churchill, die Zweierkonferenz zu verhindern. Zwar fanden im Ablauf der Konferenz von Potsdam Zweiergespräche statt, die große, der Dreierkonferenz vorgeschaltete Begegnung zwischen Stalin und Truman unterblieb jedoch<sup>133)</sup>.

Am Sonntag, den 15. Juli, spätestens jedoch am Montag, den 16. Juli, sollte die Konferenz beginnen. So war es zwischen den drei Konferenzmächten vereinbart worden. Pünktlich traf Präsident Truman am 15. Juli in Berlin ein. Auch Churchill kam am gleichen Tag an. Der dritte Konferenzteilnehmer, Marschall Stalin, ließ auf sich warten. Als Grund wurde angegeben, ein Schwächeanfall habe seine Ab-

Am Sonntag, den 15. Juli, spätestens jedoch am Montag, den 16. Juli, sollte die Konferenz beginnen. So war es zwischen den drei Konferenzmächten vereinbart worden. Pünktlich traf Präsident Truman am 15. Juli in Berlin ein. Auch Churchill kam am gleichen Tag an.

Der dritte Konferenzteilnehmer, Marschall Stalin, ließ auf sich warten. Als Grund wurde angegeben, ein Schwächeanfall habe seine Ab-

<sup>129)</sup> The Conference of Berlin 1945, II, S. 4 ff.; Truman Memoiren, I, 322 ff.

<sup>130)</sup> Truman, Memoiren, I, S. 246 ff.

<sup>131)</sup> Churchill, Der Zweite Weltkrieg, VI/2, S. 204 ff.

<sup>132)</sup> Stalins Briefwechsel, S. 449 ff.

<sup>133)</sup> Vgl. vor allem den Bericht des amerikanischen Sonderbotschafters bei: The Conference of Berlin 1945, I, S. 64 ff.



reise in Moskau verzögert<sup>134)</sup>. Es drängt sich freilich der Gedanke auf, Stalin habe Truman und Churchill absichtlich warten lassen, um nicht nur vor dem sowjetischen Volk zu demonstrieren, daß ohne ihn, Stalin, keine Entscheidung getroffen werden kann.

Am Dienstag, den 17. Juli, waren sie schließlich alle versammelt: Präsident Truman, der

den Atlantik überquert hatte, Marschall Stalin, der von Moskau aus angereist war, und Premierminister Churchill, der seinen Dienstsitz in London verlassen hatte. Ihre Heere hatten den Krieg in Europa entschieden, ihre Diplomaten sollten jetzt den Grundriß des Friedens für Europa entwerfen, und sie selbst, die Mächtigsten ihrer Zeit, wollten dabei mitwirken.

Das Tagebuch des Präsidenten Truman, das genauen Aufschluß über dessen Tätigkeit und Lebensweise in Potsdam gibt, enthält für den Tag des Konferenzbeginns, für Dienstag, den 17. Juli, folgende Eintragung: „16.40: Der Präsident begibt sich in Begleitung seines persönlichen Stabes im Kraftwagen vom ‚Kleinen Weißen Haus‘ nach Cäcilienhof zur Eröffnungssitzung der Konferenz. Der Präsident traf um 16.50 Uhr in Cäcilienhof ein. Der Premierminister — Churchill — und der Generalissimus — Stalin — waren bereits anwesend, als er eintraf. Um 17.00 Uhr versammelten sich der Präsident, Premierminister Churchill und Generalissimus Stalin sowie die Delegierten der drei alliierten Staaten im Konferenzsaal, dem früheren Empfangssaal des Schlosses, wo die gegenseitigen Begrüßungen stattfanden und Film- und Lichtbildaufnahmen gemacht wurden. Um 17.10 Uhr wurde die Konferenz von Potsdam offiziell eröffnet. Auf Vorschlag von Generalissimus Stalin wurde der Präsident zum Vorsitzenden der Konferenz gewählt.“<sup>135)</sup>

Der Vorsitzende der Konferenz, Präsident Truman, legte der Konferenz zwei Schriftstücke vor: das eine betraf die Errichtung eines Rates der Außenminister, das zweite befaßte sich mit der Behandlung Deutschlands. Auch schlug er vor, der Kontrollrat für Deutschland solle gemäß den bereits getroffenen Abkommen sofort seine Tätigkeit aufnehmen. Die Regierungschefs unterhielten sich anschließend über Verfahrensfragen<sup>136)</sup>.

## 2. Arbeitsweise

Die Konferenz von Potsdam wurde nach dem auf den Konferenzen von Teheran und Jalta erprobten und bewährten System abgewickelt. Am Vormittag fanden regelmäßig Besprechungen der Außenminister statt, in denen die Vollversammlungen in den Nachmittags- und Abendstunden vorbereitet wurden. Daneben gab es Beratungen der eingesetzten (Unter-) Ausschüsse, die der Konferenz der Außenminister berichteten; diese legte die Ergeb-

## INHALT

### der letzten Ausgabe

Ablauf der Ereignisse

Die amerikanische Aktenpublikation  
„The Conference of Berlin 1945“

#### I. Die äußere Vorbereitung der Konferenz

1. Festlegung von Zeit und Ort
2. Entsendung des amerikanischen Sonderbotschafters Hopkins nach Moskau
3. Entsendung des amerikanischen Sonderbotschafters Davies nach London

#### II. Die endgültige Einnahme der Besatzungszonen in Deutschland und der Besatzungssektoren in Berlin

1. Westliche Besorgnisse und Befürchtungen
2. Die Vereinbarungen über die Besetzung Deutschlands und die Viermächte-Vereinbarung von Berlin
3. Amerikanisch-sowjetische Verhandlungen über die alliierte Besetzung Berlins
4. Die Erkundung des amerikanischen Generals Parks
5. Die Durchführung des Truppenaustausches

#### III. Die sachliche Vorbereitung der Konferenz vornehmlich durch Großbritannien und die Vereinigten Staaten von Amerika

1. Die Frage der Teilung Deutschlands
2. Finanz- und wirtschaftspolitische Auffassungen und Absichten
3. Amerikanische Stellungnahmen zu Gebietsforderungen an Deutschland
4. Notenwechsel über die Vertreibung der deutschen Bevölkerung bzw. deutscher Minderheiten
5. Unterschiedliche Ansichten über die amerikanische Besatzungspolitik

### In dieser Ausgabe

#### IV. Verlauf der Konferenz

1. Eröffnung am 17. Juli 1945
2. Arbeitsweise
3. Die erste Konferenzphase (17. — 25. Juli 1945)
4. Wechsel in der Führung der britischen Delegation
5. Vorentscheidungen in der sowjetischen Besatzungszone
2. Die zweite Konferenzphase (28. Juli — 2. August 1945)

#### V. Ergebnis der Konferenz

1. Das „Abkommen von Potsdam“
2. Das „Abkommen von Potsdam“ und das deutsche Volk
3. Propaganda mit dem „Abkommen von Potsdam“
4. Zur Beurteilung der Konferenz

<sup>134)</sup> Truman, Memoiren, I, S. 334.

<sup>135)</sup> The Conference of Berlin 1945, II, S. 12.

<sup>136)</sup> The Conference of Berlin 1945, II, S. 12.



nisse ihrer Verhandlungen der Vollversammlung vor.

Auch die Stabschefs der drei Mächte hielten in Potsdam Besprechungen ab; diese betrafen in erster Linie Fragen des Krieges im Fernen Osten, vor allem das Problem des Eintritts der Sowjetunion in den Krieg gegen Japan.

Die zahlreichen gesellschaftlichen Veranstaltungen — Imbißpausen während der Voll Sitzungen der Konferenz und wechselseitige Einladungen zu Mittag- und Abendessen — gaben darüber hinaus Gelegenheit, den allgemeinen Gedankenaustausch fortzusetzen. Da die Konferenz an einem für sie geräumten Bereich stattfand, kann man sie als eine Art weltpolitische Enklave bezeichnen, zumal sie gegenüber der Öffentlichkeit abgeschirmt war. Die Regierungschefs waren in ihrem Telegrammwechsel übereingekommen, zur Konferenz keine Pressevertreter zuzulassen, d. h. die Konferenz unter Ausschluß der Öffentlichkeit abzuhalten. Diese wurde über die Vorgänge am Rande, über die Einladungen zu Mahlzeiten, über die Reihenfolge der Speisen dabei und über die Ausflüge der Delegationschefs und Delegationsmitglieder nach Berlin oder in andere Teile Deutschlands unterrichtet. In der britischen und amerikanischen Öffentlichkeit entstand über die Geheimnistuerei über den Verlauf der Konferenz eine bemerkenswerte Verärgerung. Die Kommunikés und die Einzelheiten, die durchsickerten, reichten nicht aus, um die Weltöffentlichkeit über die Verhandlungen von Potsdam eingehend zu unterrichten. Erst allmählich drang die Wahrheit über die Mißverständnisse und Spannungen am großen runden Konferenztisch des Cäcilienhofes zu Potsdam durch.

### 3. Die erste Konferenzphase (17.—25. Juli 1945)

Die Konferenz konstituierte sich am Dienstag, den 17. Juli. Am Mittwoch, den 18. Juli, nahm sie ihre Beratungen auf. Auf der ersten Sitzung der Außenminister schlug der amerikanische Außenminister Byrnes vor, die Außenminister sollten die Frage der Zuständigkeit des Kontrollrates in politischen Angelegenheiten erörtern. Der sowjetische Außenminister wünschte die Behandlung der Frage der deutschen Kriegs- und Handelsflotte. Byrnes und Molotow konnten sich darüber, welche der beiden Fragen von den Regierungschefs am Nachmittag besprochen werden sollte, nicht einigen. Sie verständigten sich jedoch darüber, einen (Unter-) Ausschuß für Fragen der deutschen Nachkriegswirtschaft einzusetzen<sup>137)</sup>.

<sup>137)</sup> The Conference of Berlin 1945, II, S. 66 ff.

In der Vollversammlung des gleichen Tages, in der zweiten Vollversammlung vom 18. Juli, kam es zur ersten grundsätzlichen Erörterung des deutschen Problems. Das Protokoll des amerikanischen Außenministers hält darüber fest: „Churchill sagte, das Wort ‚Deutschland‘ sei wiederholt verwendet worden und fragte, was Deutschland in diesem Zusammenhang sei. Wenn das Vorkriegsdeutschland damit gemeint sei, stimme er zu. Präsident Truman fragte nach der Auffassung der sowjetischen Delegation. Stalin antwortete, Deutschland sei das, was nach dem Kriege daraus geworden ist. Es existiere jetzt kein anderes Deutschland. Österreich z. B. sei jetzt nicht mehr ein Teil Deutschlands. Präsident Truman schlug vor, Deutschland in diesem Zusammenhang so zu behandeln, wie es im Jahre 1937 bestand. Stalin schlug vor, hinzuzusetzen ‚abzüglich dessen, was Deutschland im Jahre 1945 verloren hat‘. Präsident Truman bemerkte dazu, Deutschland habe im Jahre 1945 alles verloren. Stalin erwiderte darauf, daß er in geographischem Sinne gesprochen habe und sagte, über die Ergebnisse des Krieges könne man unmöglich hinwegsehen. Präsident Truman stimmte zu, sagte jedoch, man müsse einen Ausgangspunkt haben. Stalin erwähnte das Sudetenland, das Deutschland der Tschechoslowakei abgenommen habe, und fragte, ob seine Kollegen beabsichtigen, auch das Sudetenland als Teil Deutschlands zu betrachten. Präsident Truman antwortete, er habe Deutschland von 1937 vorgeschlagen. Stalin räumte ein, daß Deutschland, formell betrachtet, so gesehen werden könnte. Er schlug vor, die Westgrenze Polens jetzt festzulegen und gab zu verstehen, daß dann die Frage klar sein würde. Präsident Truman sagte, das könne am besten dann erfolgen, wenn entschieden worden sei, was mit Deutschland geschehen solle. Stalin sagte, Deutschland sei ein Land ohne Regierung und ohne feste Grenzen; es habe keine Schutzwache an seinen Grenzen, wohl aber vier besetzte Zonen. Präsident Truman bemerkte, er schlage trotzdem das Deutschland von 1937 als Ausgangspunkt für die Prüfung dieser Fragen vor. Stalin erwiderte, sie müßten natürlich einen Ausgangspunkt zugrunde legen; von diesem Standpunkt gesehen sei das Deutschland von 1937 annehmbar. Churchill gab seine Zustimmung und der Präsident bemerkte, das Deutschland von 1937 sei angenommen.“ Im übrigen Verlauf dieser Vollversammlung erörterten die Großen Drei die polnische Frage — ein Problem, das ihnen bereits auf der Konferenz von Jalta erhebliche Schwierigkeiten bereitet hatte. Es ging dabei nicht in erster Linie um die Festlegung der polnischen Westgrenze, sondern um die Stabi-



lisierung der inneren Verhältnisse Polens. Während Stalin forderte, das von ihm eingesetzte und ihm hörige Lubliner Komitee als provisorische polnische Regierung anzuerkennen, bemühten sich Truman und Churchill, der in London residierenden polnischen Exilregierung die Rückkehr nach Warschau zu ermöglichen. Über diese Frage kam es sowohl auf der Konferenz von Jalta als auch auf der Konferenz von Potsdam zu einem sehr heftigen Meinungs austausch<sup>138)</sup>.

Am Donnerstag, den 19. Juli, berichtete der britische Außenminister Eden der Vollsitzung der Konferenz, die Außenminister hätten sich über den von der amerikanischen Delegation vorgelegten Text über die politischen und wirtschaftlichen Grundsätze für die Behandlung Deutschlands in der ersten Zeit seiner Besetzung geeinigt; gleichzeitig hätten sie empfohlen, die Frage der deutschen Flotte zur Diskussion zu stellen. Die Vollsitzung vom 19. Juli machte damit den Anfang. Die Niederschrift des amerikanischen Außenministeriums hält darüber fest: „Churchill sagte, er wolle, daß es zwischen den drei Mächten im Rahmen ihres allgemeinen Übereinkommens auf der Konferenz zu einer Einigung über diesen Punkt komme, wobei er nur an die deutsche Kriegsflotte denke ... Wenn ein allgemeines Übereinkommen auf dieser Konferenz erreicht und eine freundschaftliche Regelung der Probleme erzielt würde, stünde er einer Aufteilung der deutschen Flotte nicht im Wege ... England hätte bei seiner Flotte gewaltige Verluste im Kriege erlitten. Er könne aus der Erinnerung sagen, daß England ungefähr 10 Großkampfschiffe und Flugzeugträger, 20 Kreuzer und buchstäblich hunderte von Zerstörern, U-Booten und verschiedene Arten von kleineren Fahrzeugen verloren hätte. Bei den deutschen U-Booten handle es sich um eine eigene Frage. Die U-Boote könnten rechtlich nur begrenzt verwendet werden ... Nach seiner Meinung sollten davon so viele wie möglich zerstört werden. Die letzten deutschen U-Boote könnten jedoch wertvolle Informationen für die Zukunft enthalten, die von den drei Mächten in verständiger Weise untereinander aufgeteilt werden sollten. Er betrachte diese Frage nicht nur vom Standpunkt der Marine, er sei sich der gewaltigen Opfer der Russen im Felde bewußt. Hinsichtlich der deutschen Handelsflotte vertrat Churchill die Ansicht, daß, solange der Krieg gegen Japan dauere, alle erbeuteten Schiffe voll eingesetzt werden und zur Beendigung des Krieges beitragen sollten. Die Führung des japanischen Krieges finde ihre Grenzen in der Schifffahrt. Sie hätten

genügend Menschen, Flugzeuge und Kriegsschiffe, für den Transport von Menschen und Material würden jedoch Handelsschiffe benötigt, Außerdem bestünde die Schwierigkeit der Versorgung für die britischen Inseln und das befreite Europa; in dieser kritischen Zeit würde jede Tonne benötigt. Sie alle hätten ihre gesamte Tonnage dem ‚Shipping Pool‘ — der Zusammenfassung aller Schiffe — überstellt. Es würde ihm leid tun, wenn die deutsche Flotte nicht zur Beendigung des Krieges mit Japan eingesetzt würde.“

Präsident Truman erklärte, er sei mit einer Aufteilung der Handelsflotte und Kriegsflotte in drei Teile einverstanden, wünsche jedoch, daß die Aufteilung nach Beendigung des Krieges mit Japan erfolge. Sie benötigten die deutschen Schiffe nicht nur für die Kriegführung, sondern auch zur Herbeischaffung von Lebensmitteln und Versorgungsgütern zum Wiederaufbau in Europa, für unseren großen Verbündeten Rußland, Griechenland und andere Staaten. Präsident Truman sagte weiter, die Alliierten benötigten jede Bombe und jede Tonne Lebensmittel. Stalin fragte, was mit der deutschen Kriegsflotte geschehen solle. Präsident Truman bemerkte, er sei jetzt zu ihrer Verteilung bereit. Er fügte hinzu, daß die Vereinigten Staaten nach dem Ende des japanischen Krieges Handels- und Kriegsschiffe zu verkaufen hätten, er wünsche jedoch jetzt keine Behinderung des Krieges gegen Japan. Stalin wollte wissen, ob die Russen nicht gegen Japan Krieg führen sollten. Präsident Truman erwiderte, Rußland werde, wenn es bereit sei, gegen Japan zu kämpfen, ebenso wie die anderen Staaten in den ‚Shipping Pool‘ — der Zusammenfassung aller Schiffe — einbezogen. Er fügte hinzu, daß diese Einbeziehung in den ‚Pool‘ erwünscht sei. Stalin sagte, er sei an der grundsätzlichen Seite der Frage interessiert. Churchill schlug vor, daß man die Schiffe zur Verteilung vorsehen könne, wenn sie nach Ende des japanischen Krieges noch vorhanden seien; im Falle einer Beschädigung der Schiffe könnten sie aus allgemeinen Hilfsquellen wiederhergestellt werden. Er sagte, er müsse bekennen, er unterstütze die Forderung des Marschalls Stalin nach Zuteilung eines Teiles dieser Kriegs- und Handelsschiffe an die Russen. Die einzige Alternative sei die Versenkung der Seeschiffe. Dieses Verfahren sei eine Härte für den russischen Verbündeten. Präsident Truman bemerkte, sie seien sich in dieser Frage nicht uneinig.

Trotz dieser Feststellung des Konferenzvorsitzenden ging die Diskussion über die Kriegs- und Handelsflotte weiter. Stalin wurde nicht

<sup>138)</sup> The Conference of Berlin 1945, II, S. 88 ff



müde, immer neue Fragen zu stellen. Seinen Wunsch nach der Erstellung einer Liste aller deutschen Schiffe beantwortete Churchill mit der Bemerkung, die Sowjetunion habe im Hafen von Danzig 45 U-Boote erbeutet. Stalin bezeichnete diese als nicht einsatzfähig, trat jedoch der Ansicht Churchills, bei der Verteilung der deutschen Kriegs- und Handelsflotte einen Ausgleich vorzunehmen, bei. Präsident Truman beendete den Dialog zwischen Churchill und Stalin mit der Versicherung, es sei über dieses Thema lange genug gesprochen worden<sup>139)</sup>.

Diese Diskussion ist aus mehreren Gründen bemerkenswert: In ihr kommt zum Ausdruck, daß die Vereinigten Staaten und Großbritannien die Absicht hatten, die deutsche Kriegs- und Handelsflotte im Krieg gegen Japan zu verwenden. Die rasche Beendigung des Krieges hat die Verwirklichung dieses Vorhabens verhindert. Die drei Mächte waren an den deutschen U-Booten interessiert; sie wünschten in den Besitz der bereits in die U-Boote eingebauten oder der in Erprobung befindlichen technischen Neuerungen zu kommen. Stalin ließ in der Diskussion über das Schicksal der deutschen Flotte die Frage des Kriegseintritts der Sowjetunion gegen Japan offen; er wünschte unabhängig davon ein Drittel des deutschen Schiffsraumes. Ist es notwendig, hinzuzufügen, daß sich die Hartnäckigkeit Stalins auch in dieser Frage durchsetzte? Das Problem der deutschen Kriegs- und Handelsflotte wurde auf der Konferenz wiederholt aufgegriffen und schließlich in dem von Stalin geforderten Sinn geklärt.

Nicht nur in den Vollsitzungen, auch in den Zusammenkünften der Außenminister und in den Besprechungen des eingesetzten Unterausschusses für wirtschaftliche Fragen Deutschlands wurde das Problem der deutschen Reparationen ausführlich erörtert. Die Vertreter der Sowjetunion, von Stalin angefangen bis zum jüngsten Dolmetscher, stellten diese Frage immer wieder in den Mittelpunkt der Verhandlungen.

Aufschlüsse über die sowjetische Haltung gegenüber Deutschland gibt unter vielen anderen Schriftstücken die Niederschrift über die Sitzung des Unterausschusses für wirtschaftliche Fragen Deutschlands vom 20. Juli. Die sowjetischen Vertreter, die Botschafter Maiskij und Sobolew, trugen dabei folgende Ansichten vor: „Die Hauptaufgabe des Kontrollrates ist die Vernichtung des deutschen Kriegspotentials. Was das ... zukünftige Kriegspotential betrifft, so wird die allgemeine Politik, die einheitlich in allen Besatzungszonen durchgeführt

<sup>139)</sup> The Conference of Berlin 1945, II, S. 116 ff.

werden wird, das Ziel verfolgen, ein Wiedererstarken der Teile der Wirtschaft zu verhindern, die die Grundlage der Schwerindustrie sind, und gleichzeitig Deutschland freie Hand in der Landwirtschaft und in der Leichtindustrie lassen. Leitgedanken für den Kontrollrat und für die deutsche Verwaltung: 1. Reparationsverpflichtung in Übereinstimmung mit einem noch aufzustellenden Plan; 2. Befriedigung der Erfordernisse der Besatzungsarmeen.“ Der Verfasser des amerikanischen Protokolls setzte in Klammern hinzu: „Russen versuchen festzulegen, daß der für den Kontrollrat geltende ‚erste‘ allgemeine Grundsatz die Reparationen sind.“ Auf Grund der Berichte der Wirtschaftssachverständigen der in Deutschland stationierten Armeen vertraten das Kriegs- und Außenministerium der Vereinigten Staaten von Amerika die Ansicht, daß zur Sicherung des Existenzminimums des deutschen Volkes und zur Ankurbelung der Wirtschaft Einfuhren unerläßlich seien; deren Finanzierung sollte den Reparationen vorausgehen. Die Sowjetunion war anderer Ansicht. Botschafter Maiskij erklärte, es sei politisch unerwünscht, zu erklären, die Einfuhren hätten Vorrang vor den Reparationen. Jeder Bewohner Rußlands würde sagen, daß die Reparationen zuerst kommen und danach die Einfuhren, da wir — die Russen — soviel gelitten haben. Die Kapitalisten möchten aus dem Außenhandel Gewinn ziehen, sie fragen nicht nach Reparationen für die, die gelitten haben. Außerdem werden die Deutschen, wenn sie davon Kenntnis erhalten, zu beweisen versuchen, daß sie ohne sehr beträchtliche Einfuhren nicht leben und nicht exportieren können. Es ist das gleiche wie nach dem letzten Kriege; es besteht kein Grund für die Annahme, daß die Deutschen nicht wieder den gleichen Trick wie nach dem letzten Kriege versuchen werden. Botschafter Maiskij ging auf die Struktur der deutschen Nachkriegswirtschaft ein; er versicherte: „Die deutsche Wirtschaft wird nach dem Kriege eine sehr straff gelenkte Wirtschaft sein, denn sonst könne sie keine Reparationszahlungen usw. leisten. Diese gelenkte Wirtschaft sollte die erforderlichen Mittel aufbringen. Es sollte durchaus möglich sein, Reparationen und notwendige Einfuhren zu garantieren. Grundsätzlich vertreten wir Russen die Ansicht, daß im Falle eines Konfliktes zwischen Reparationen und Einfuhren die Einfuhren hinten anstehen müssen.“ Die amerikanischen Ausschußmitglieder waren bestrebt, die Vertreter der Sowjetunion von der Ernsthaftigkeit ihrer harten Wirtschaftspolitik gegenüber Deutschland zu überzeugen. Der Amerikaner Clayton erklärte mit Nachdruck: „Das amerikanische Volk wird Deutschland



nicht noch einmal finanziell unterstützen, wie es das nach dem letzten Kriege getan hat. Das war Präsident Roosevelts Meinung. Außer Kohle, Kali und einer gewissen Menge Eisenerzes geringer Qualität besitzt Deutschland sehr wenige natürliche Hilfsquellen.“ In Offenheit sprach Botschafter Maiskij von der bewußt herbeigeführten Verarmung und Verelendung Deutschlands; er wies darauf hin, „das Deutschland vor dem Kriege im Vergleich zu anderen europäischen Ländern einen sehr hohen Lebensstandard hatte. Nun müßten wir an ein ganz anderes Deutschland denken, an ein Deutschland, dessen Lebensstandard dem Durchschnitt Europas entspreche, ja noch viel niedriger sei. Die Einfuhren würden deshalb viel geringer sein.“<sup>140)</sup>

Die Diskussion zeigt, daß die Vertreter Großbritanniens und der Vereinigten Staaten den Forderungen der Sowjetunion zwar Verständnis entgegenbrachten, deren Verlangen, die Reparationen der Bezahlung der Einfuhren vorangehen zu lassen, jedoch ablehnten. Aber nicht nur über Polen und Deutschland waren die Konferenzmächte unterschiedlicher Meinung.

Auch über Österreich, das wie das Deutsche Reich einer Vier-Mächte-Verwaltung unterstellt werden sollte, gingen ihre Auffassungen weit auseinander. Churchill führte in der Vollsitzung vom 20. Juli Klage darüber, daß es britischen Offizieren nicht gestattet werde, die Großbritannien in Österreich zugesprochene Besatzungszone zu bereisen<sup>141)</sup>.

Stalin wies Churchills Einwand mit der Bemerkung zurück, die Sowjets könnten nicht die britische Besatzungszone Deutschlands betreten, sie hätten sich darüber jedoch nicht beschwert. Er lobte Eisenhower und Montgomery, die sich sehr vernünftig verhalten hätten, so daß die Räumung der sowjetischen Besatzungszone und der Einmarsch westlicher Verbände nach Berlin reibungslos vor sich gegangen sei. Er verschwieg, daß er die Räumung der sowjetischen Besatzungszone zur Bedingung für das Einrücken westlicher Truppenverbände nach Berlin gemacht hatte. Mit dem Hinweis, daß erst am 19. Juli eine Vereinbarung über die Vier-Mächte-Verwaltung von Wien getroffen worden sei, beschloß er seine Ausführungen.

<sup>140)</sup> The Conference of Berlin 1945, II, S. 141 f.

<sup>141)</sup> The Conference of Berlin 1945, II, S. 165 ff. Der Verfasser dieses Beitrags veröffentlicht demnächst eine ausführliche Untersuchung über die Behandlung Österreichs in der Vorbereitung und in den Beratungen der Konferenz von Potsdam in den „Mitteilungen aus dem Österreichischen Staatsarchiv“.

Der Ausschuß für deutsche Wirtschaftsfragen trat am 20. Juli ein zweites Mal zusammen und beriet über die Internationalisierung des Ruhrgebietes. Auf Grund eines Vorschlages der Sowjetunion sollte innerhalb des unter Vier-Mächte-Kontrolle gestellten Deutschen Reiches an Ruhr und Rhein ein internationalisiertes Gebiet geschaffen werden, das — wie Berlin — von Einheiten der vier Besatzungsmächte gemeinsam besetzt und verwaltet werden sollte. Die Gefahr einer Berlin-Situation im Ruhrgebiet war groß. Botschafter Maiskij forderte, für die internationale Kontrolle des Ruhrgebiets eine eigene Organisation zu errichten. Auf Fragen der britischen und amerikanischen Ausschußmitglieder erklärte der sowjetische Diplomat, die sowjetische Regierung wünsche darüber kein Dokument vorzulegen, bitte jedoch die beiden Konferenzmächte, den sowjetischen Plan gründlich zu bedenken<sup>142)</sup>. Diese widersetzten sich standhaft der Absicht der Sowjetunion, an Rhein und Ruhr mitzubestimmen.

In der fünften Vollsitzung vom 21. Juli kam es zwischen Churchill, Stalin und Truman zu einer sehr lebhaften Auseinandersetzung über die Westgrenze Polens. Stalin regte an, die Konferenz solle ihre Ansicht über die ihr bekannten Wünsche der polnischen Regierung über die Westgrenze Polens zum Ausdruck bringen; er fügte hinzu: „Die endgültige Regelung bleibe natürlich der Friedenskonferenz vorbehalten.“ Die von Churchill und Truman erhobenen Vorwürfe, die Sowjetunion habe den Polen eine Besatzungszone in Deutschland eingeräumt, indem sie diesen die zivile Verwaltung der Gebiete ostwärts der Oder-Neiße-Linie übertragen habe, wies Stalin zurück. Über seine Erklärung heißt es im amerikanischen Protokoll: „Von der amerikanischen und britischen Regierung seien verschiedene Mitteilungen des Inhalts eingegangen, daß die polnische Verwaltung in bestimmten Gebieten erst eingerichtet werden solle, wenn die Westgrenzen endgültig festgelegt worden seien. Die Sowjetunion könne diese Vorschläge nicht annehmen, da die deutsche Bevölkerung dieser Gebiete der deutschen Wehrmacht nach Westen gefolgt sei und die Polen zurückgeblieben seien. Die Rote Armee habe eine örtliche Verwaltung in diesem Gebiet benötigt, da sie nicht gewohnt sei, eine Verwaltung aufzubauen und gleichzeitig zu kämpfen und feindliche Agenten aufzugreifen. Die amerikanische und britische Regierung seien hiervon unterrichtet worden. Die sowjetische Regierung sei um so mehr bereit, die Arbeit der polnischen Verwaltung zu gestatten, da Polen im Westen

<sup>142)</sup> The Conference of Berlin 1945, II, S. 183 ff.



Gebiete erhalten solle. Präsident Truman bemerkte, gegen einen Gedankenaustausch über die Westgrenze Polens habe er nichts einzuwenden. Er wünsche jedoch klar zu betonen, daß es nur die festgelegten Besatzungszonen geben könne. Jeder andere Weg werde die Reparationen sehr erschweren, besonders wenn ein Teil der deutschen Gebiete schon weggegeben sei, bevor man eine Einigung über Höhe und Art der Reparationen erzielt habe. Stalin warf ein, wegen der Reparationsfrage habe die Sowjetunion keine Sorge; gegebenenfalls werde sie auf Reparationen verzichten.“ Trumans Bemerkung, die Vereinigten Staaten würden keine Reparationen erhalten, beantwortete Stalin mit der Versicherung, lediglich die Frage der polnischen Westgrenze sei ungeklärt. Präsident Truman sagte dazu mit Nachdruck: „Es sei den Regierungschefs nicht möglich, diese Frage zu regeln. Sie sei eine Angelegenheit für die Friedenskonferenz.“ Stalin ließ diese Feststellung unbeachtet; er bemühte sich, um Verständnis für seine in den Ostgebieten des Deutschen Reiches ohne Verständigung der amerikanischen und britischen Regierung getroffenen Maßnahmen zu werben: „Selbst wenn die Deutschen nicht geflohen wären, wäre es schwierig gewesen, in diesen Gebieten eine deutsche Verwaltung einzurichten, da die Mehrheit der Bevölkerung polnisch sei.“

Im Verlauf der Diskussion verblieb Stalin bei der Ansicht, die Sowjetunion habe in den deutschen Ostgebieten im Interesse der Sicherheit ihrer Nachschublinien die von ihr eingeleiteten Maßnahmen treffen müssen. Churchill verwies mit Nachdruck auf die Versorgungsschwierigkeiten Deutschlands, wenn es einerseits die landwirtschaftlichen Überschußgebiete im Osten verliere, andererseits die Bevölkerung aus diesen Gebieten aufnehmen und ernähren müsse. Stalin zeigte sich von diesen Einwänden unberührt. Er versicherte, „auf dem Papier gehörten diese Gebiete zwar zum deutschen Staatsgebiet, in Wirklichkeit seien es jedoch polnische Gebiete, da es in ihnen keine deutsche Bevölkerung gebe.“ Die weitere Aussprache griff die Behauptung Stalins, es gebe in den Ostgebieten keine Deutschen mehr, auf: „Präsident Truman betonte, daß 9 Millionen Deutsche sehr viel seien. Stalin behauptete fest und steif, daß sie alle geflohen seien. Churchill bemerkte, daß man, wenn diese Mitteilung zutrefte, sich überlegen sollte, wie man die Deutschen in den Gebieten, in die sie geflohen seien, mit Lebensmitteln versorgen könne ... Was die Bevölkerung betreffe, so scheine es so zu sein, daß 3 bis 4 Millionen Menschen aus dem Gebiet ostwärts der Curzon-Linie ausgesiedelt würden, die Zahl der

aus dem deutschen Gebiet auszusiedelnden Bevölkerung vor dem Kriege 8½ Millionen betragen habe. Es liege auf der Hand, daß es eine ernste Sache sei, deutsche Bevölkerungsteile geschlossen auszusiedeln und das übrige Deutschland mit ihrer Versorgung zu belasten, nachdem man ihm die Möglichkeit zur Versorgung mit Lebensmitteln genommen habe. Präsident Truman fragte, wohin es denn führen werde, wenn die Mächte Frankreich das Saargebiet und das Ruhrgebiet geben würden. Stalin erwiderte, die sowjetische Regierung habe nicht über die französischen Ansprüche, wohl aber über die Westgrenze Polens entschieden. Churchill bemerkte, zur Behauptung Stalins, wonach alle Deutschen die fraglichen Gebiete verlassen hätten, es lägen Zahlen vor, die bewiesen, daß noch ungefähr 2½ Millionen Deutsche zurückgeblieben sind. Diese Situation müsse untersucht werden. Stalin antwortete, die Sowjetunion verstehe die Belastung vollkommen und gebe die Schwierigkeiten zu, die sich aus der Übergabe dieses Gebietes ergäben, doch sei in erster Linie das deutsche Volk für diese Schwierigkeiten verantwortlich zu machen. Churchill habe die Zahl von 8½ Millionen Deutschen als Einwohnerzahl dieses Gebietes genannt. Man sollte daran denken, daß während des Krieges mehrere Einberufungen erfolgten und die übrige Bevölkerung das Gebiet vor Ankunft des sowjetischen Heeres verlassen habe ... Die meisten Deutschen seien über die Demarkationslinie nach Westen gegangen. Einige hätten sich jedoch in den Raum von Königsberg begeben, da sie gehört hätten, daß in Königsberg die Russen bleiben würden; sie hätten es vorgezogen, es mit den Russen zu tun zu haben, anstatt mit den Polen. Kein einziger Deutscher sei in dem Gebiet geblieben, das Polen übergeben werden sollte. Zwischen Oder und Weichsel hätten die Deutschen ihre Felder verlassen, die jetzt von den Polen bestellt würden. Es sei unwahrscheinlich, daß die Polen einer Rückkehr dieser Deutschen zustimmen würden. Daran müsse man denken. Präsident Truman sagte, er möchte noch einmal betonen, die Besatzungszonen sollten vereinbarungsgemäß besetzt werden. Die Frage, ob die Polen einen Teil von Deutschland erhalten sollen, könne hier nicht geregelt werden. Churchill erklärte, er stimme einer Entschädigung Polens auf Kosten Deutschlands für das ihm ostwärts der Curzon-Linie genommene Gebiet zu. Er habe aber geglaubt, Polen würde dabei das Gleichgewicht halten. Es nehme jetzt ein viel größeres Gebiet, als es verloren habe. Das könne für Europa nicht gut sein. Millionen von Menschen würden über die Curzon-Linie gebracht, weitere Millionen würden in andere



Gebiete umgesiedelt. Diese Bevölkerungsumsiedlung gewaltigen Ausmaßes stellte für sein Land einen großen Schock dar, der ihn in eine unmögliche Lage bringe. Darüber hinaus glaube er nicht, daß der Gebietszuwachs für Polen gut sei. Wenn es zutreffe, daß die Deutschen geflohen seien, so müßten sie ermutigt werden, zurückzukehren. Polen, daß den Großmächten alles verdanke, habe kein Recht, eine Katastrophe herbeizuführen.“

Die weitere Diskussion drehte sich im Kreise; sie kam zu keiner Klärung, da Churchill und Truman einerseits und Stalin andererseits auf ihren wiederholt vorgetragenen Standpunkten verharren. Truman verlor darüber die Geduld und stellte fest, es scheine eine vollendete Tatsache zu sein, daß den Polen ein großes Stück von Deutschland gegeben worden sei. Er machte auf die Kohlenknappheit in Europa aufmerksam, die sich vergrößern würde, wenn die schlesische Kohle nicht zur Verfügung stehe, und betonte: „Die Polen haben kein Recht, dieses Gebiet jetzt in Besitz zu nehmen und es aus der deutschen Wirtschaft herauszureißen. Auf eine einfache Formel gebracht, lautet die Frage: Sind die Zonen bis zum Friedensvertrag gültig oder wollen wir Deutschland stückchenweise weggeben?“ Stalin ließ sich durch kein Argument erschüttern. Er betonte, keiner außer den Polen könne dieses Gebiet nutzbar machen. In Rußland herrsche Mangel an Arbeitskräften. Auch seien in diesen Gebieten keine Deutschen vorhanden. Er beschuldigte Churchill und Truman, sich von der deutschen Propaganda beeinflussen zu lassen. Auch den Einwand, durch seine eigenmächtige Entscheidung würden Schwierigkeiten unter den Siegermächten entstehen, ließ Stalin nicht gelten. Er betonte, „daß unsere Politik für die Deutschen Schwierigkeiten schaffen solle, um ein neues Anwachsen der deutschen Macht zu verhindern. Es sei besser, den Deutschen als den Polen Schwierigkeiten zu bereiten“. Präsident Truman setzte hinzu, es sei schlecht, den Verbündeten Schwierigkeiten zu bereiten. Stalin brachte daraufhin ein anderes Argument vor. Er gab zu bedenken, je weniger Industrie es in Deutschland gebe, um so größer werde der Markt für amerikanische und britische Waren sein. Er fragte, was das beste sei — und antwortete darauf: „Wir haben den Staat, der mit unseren Ländern konkurriert hat, auf die Knie gezwungen. Deutschland ist ein gefährlicher Geschäftsrivale, da es einen niedrigen Lebensstandard besitzt.“ Stalin wiederholte seine Frage: „Was ist das beste?“ Churchill bemerkte, die Siegermächte würden einer Menge Verhungerten gegenüberstehen. Auch der britische Oppositionsführer Attlee meldete

sich zu Wort; er trat für die Belassung der deutschen Ostgebiete ein. Stalin empfahl Attlee, daran zu denken, daß Polen ebenfalls Alliiertes sei. Präsident Truman versicherte, er wolle offen erklären, was er denke. Er könne die Abtretung des östlichen Teiles von Deutschland unter den geschilderten Umständen nicht zustimmen. Diese Frage müsse im Zusammenhang mit den Reparationen und den Versorgungsproblemen des gesamten deutschen Volkes erörtert werden. An dieser Stelle brach Stalin mit der Frage: „Sind wir fertig für heute?“, die über 114 000 qm deutschen Bodens — ein Gebiet, beinahe viermal so groß wie Belgien, ein Viertel des Deutschen Reiches — entscheiden sollte, abrupt ab<sup>143</sup>).

Die Diskussion darüber wurde am folgenden Tage fortgesetzt. Stalin wiederholte seine Forderung, der Bitte der polnischen Regierung zu entsprechen und die Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze zu billigen. Churchill antwortete, dieses Verlangen sei völlig unannehmbar. Von Stalin nach den Gründen befragt, erklärte der britische Premierminister: „1. Man habe vereinbart, daß die Grenzen bei der Friedensregelung festgelegt werden sollten. 2. Es sei für Polen nicht von Vorteil, soviel deutsches Gebiet zu übernehmen. 3. Die wirtschaftliche Struktur Deutschlands werde zerrissen und den Besatzungsmächten eine übergroße Last aufgebürdet. 4. Mit der Umsiedlung von großen Bevölkerungsmengen werde man eine schwere moralische Verantwortung auf sich nehmen. Die Briten hätten im Prinzip der Umsiedlung der Bevölkerung aus dem Gebiet östlich der Curzon-Linie zugestimmt; er müsse jedoch sagen, daß er die Umsiedlung einer Bevölkerung, die 8,5 bis 9 Millionen zählt, für falsch halte. Es herrsche keine Einstimmigkeit der Zahlenangaben zu diesem Punkt. Nach britischen Nachrichten befinden sich zwischen 8 und 9 Millionen Deutsche in diesem Gebiet. Die sowjetische Delegation sage, sie seien bereits fort. Diese Frage müsse aufgeklärt werden.“

Stalin bemerkte zu den Einwänden Churchills, er wolle sie nicht im einzelnen widerlegen, brachte jedoch erneut seine — wahrheitswidrige — Behauptung vor, in den Gebieten würden keine Deutschen mehr leben. Gegen die sowjetische Absicht, die Frage zu vertagen und die Situation, so wie sich bereits bestעה, zu belassen, meldete Churchill erhebliche Bedenken an; er wünsche, erklärte er im weiteren Verlauf der Diskussion, „mit allem Nachdruck die Dringlichkeit der Angelegenheit darzulegen. Wenn die Regelung der Frage verzögert werde, werde sich die derzeitige Lage

<sup>143</sup>) The Conference of Berlin 1945, II, S. 203 ff.



konsolidieren. Die Polen würden sich festsetzen und Schritte ergreifen, sich zu alleinigen Herren dieses Gebiets zu machen. Je länger das Problem anstehe, desto schwieriger werde seine Regelung werden ... Der Meinungsunterschied zwischen Marschall Stalin und ihm sei, daß die Briten nicht so weit zu gehen wünschten wie die Sowjets; man habe sich dahingehend geeinigt, daß die Polen ein großes Territorium erhalten sollten. Churchill sagte, wenn er von der Oder gesprochen habe, habe er einen Ausdruck verwendet, der gebraucht worden sei, als sie die Angelegenheit vor zwei Jahren diskutierten. Es sei das nur eine sehr grobe Beschreibung; die Briten hätten jedoch eine Liste ausgearbeitet, die sie der Konferenz vorzulegen bereit seien." <sup>144)</sup>). Auch die Diskussion der Vollsitzung vom 22. Juli konnte sich über die polnische Westgrenze nicht verständigen. Da Churchill und Truman sich weigerten, das vorliegende schriftliche Ersuchen der polnischen Regierung anzunehmen, wurde vorgeschlagen, eine polnische Delegation einzuladen und zu hören.

In der Vollsitzung vom 23. Juli unterhielten sich die Großen Drei über die Übergabe von Königsberg an die Sowjetunion. Stalin sagte, diese Frage sei auf der Konferenz von Teheran diskutiert worden. Die Russen hätten Klage darüber geführt, daß alle Häfen der Ostsee einfrieren; sie frieren kürzere oder längere Zeit ein, aber nichtsdestoweniger seien sie zugefroren. Die Russen hätten erklärt, es sei notwendig, mindestens einen eisfreien Hafen auf Kosten Deutschlands zu erhalten. Stalin betonte, die Russen hätten viel gelitten und soviel Blut verloren, daß sie darauf brennen, einen Teil deutschen Territoriums zu erhalten, um auf diese Weise eine kleine Genugtuung für die über fünf Millionen Menschen zu haben, die sie in diesem Kriege verloren hätten. Weder Präsident Roosevelt noch der Premierminister hätten irgendwelche Einwände erhoben; dieser Ansicht hätten alle drei zugestimmt. Stalin versicherte, sie seien sehr daran interessiert, daß die derzeitige Konferenz dieser Vereinbarung zustimme. Präsident Truman sagte, er sei bereit, im Grundsatz zuzustimmen, obwohl es erforderlich sei, ethnographische und sonstige Fragen zu prüfen. Churchill sagte, Stalin habe mit der Feststellung recht, daß die Angelegenheit in Teheran angeschnitten worden sei; er fügte hinzu, sie sei ebenfalls zwischen Stalin und ihm selber im Oktober 1944 im Zusammenhang mit der Frage der Curzon-Linie besprochen worden. Er habe im Parlament am 15. Dezember 1944 eine Rede gehalten, in der er erwähnt habe, daß die So-

wjets den Wunsch hätten, den eisfreien Hafen Königsberg für sich zu sichern; die sowjetische Grenze solle südlich davon verlaufen. Er habe klargestellt, daß die britische Regierung mit diesem Wunsch sympathisiere. Der Verlauf der Diskussion zeigt, daß es Stalin verstand, Erörterungen der Konferenz von Teheran und Jalta, die niemals in förmliche Beschlüsse niedergelegt wurden, zu Entscheidungen aufzuwerten und dafür die Zustimmung Churchills und Trumans zu erhalten. Aus Erwägungen machte er mit einem Kunstgriff Entscheidungen. Die Behandlung der Zukunft Ostpreußens beweist, daß Churchill und Truman auch dabei von Stalin förmlich überrannt wurden <sup>145)</sup>.

Am 24. Juli trug die nach Potsdam gerufene polnische Delegation die Ansichten der provisorischen Regierung über die Westgrenze Polens vor. Sie wiederholte Stalins Behauptung, in den von Polen beanspruchten Ostgebieten des Deutschen Reiches lebten nur noch etwa 1 Million bis 1 500 000 Deutsche; von diesen sagte die polnische Delegation, sie seien bereit, in ihre Heimat, d. h. nach Restdeutschland, zurückzukehren <sup>146)</sup>.

Die vorgetragenen Argumente halten keiner Nachprüfung stand. Die polnische Delegation ging sehr großzügig mit Gebieten und der Bevölkerung um; vor allem betonte sie, die Überlassung dieser Gebiete an Polen sei ein tödlicher Schlag gegen den sogenannten deutschen Imperialismus. Da man im Jahre 1945 solche Formulierungen gerne hörte, wurden die Forderungen der polnischen Delegation beachtet.

In der Vollsitzung vom 24. Juli führte Churchill bittere Klage über das sowjetische Vorgehen in den ost- und südosteuropäischen Staaten. Er betonte, die Sowjetunion habe ihre Versprechungen und Verpflichtungen über die Behandlung dieser Länder gebrochen. Stalin fragte ungeduldig die Konferenz, ob es Churchill wirklich gestattet sei, diese Behauptungen vorzutragen. Churchill gab scharf zurück, er habe von den britischen Vertretern in diesen Ländern genaue Nachrichten. Stalin würde erstaunt sein, wenn er die lange Liste der Schwierigkeiten vorlese. Ein eiserner Vorhang sei vor diesen Ländern niedergegangen. Stalin unterbrach Churchill nach der Protokollniederschrift mit der zornig vorgebrachten Bemerkung: „Alles Märchen!“ <sup>147)</sup>.

Dieser Vorgang demonstriert die zunehmende Verhärtung der Standpunkte. Die Aussicht auf eine Klärung der unterschiedlichen Auffassungen schwand. Nach Beendigung der Sitzung vom

<sup>145)</sup> The Conference of Berlin 1945, II, S. 299 ff.

<sup>146)</sup> The Conference of Berlin 1945, II, S. 335 f.

<sup>147)</sup> The Conference of Berlin 1945, II, S. 357 ff.

<sup>144)</sup> The Conference of Berlin 1945, II, S. 244 ff.



24. Juli unterrichtete Präsident Truman Marshall Stalin über die erfolgreiche Zündung der ersten Atombombe. Die amerikanischen und britischen Konferenzteilnehmer, über die Absicht Trumans unterrichtet, beobachteten Stalin scharf. Dieser zeigte sich jedoch völlig unberührt. Er sagte nur, er freue sich, das zu hören und hoffe, daß die Amerikaner von der Bombe guten Gebrauch gegen die Japaner machen würden<sup>148)</sup>.

Die Vollsitzung vom 25. Juli, an der Churchill zum letztenmal teilnahm, behandelte die Frage der Westgrenze Polens, das Schicksal der deutschen Flotte und das Problem der Bevölkerungsumsiedlung. Zur letzteren Angelegenheit sagte Churchill, er sei der Meinung, daß darüber irgendwann einmal gesprochen werden müßte. Es solle ein große Zahl Deutscher aus der Tschechoslowakei ausgesiedelt werden; man müsse sich überlegen, wohin sie gehen sollten. Stalin behauptete, die Tschechen hätten die Deutschen bereits abgeschoben, sie seien nach Leipzig, Dresden und in andere Städte gegangen. Da sich die Diskussion vorübergehend in Nebensächlichkeiten verlor, schlug Churchill vor, sich mit der Frage des so weit nach Westen gerichteten polnischen Vordringens zu befassen. Stalin wandte ein, er sei auf diese zufällig aufgeworfene Frage zwar nicht vorbereitet, aber zu einem Meinungsaustausch bereit. Churchill führte aus: Er wünsche nur zu sagen, daß diese Frage der Prüfstein für den Erfolg der Konferenz sei. Wenn zum Beispiel die Konferenz in zehn Tagen beendet werde und keine Übereinstimmung bezüglich des gegenwärtigen Standes der Dinge in Polen erzielt worden sei, die Polen praktisch als fünfte Besatzungsmacht Deutschlands zugelassen worden seien und keine Regelung für eine gleichmäßige Verteilung der Lebensmittel unter die gesamte Bevölkerung Deutschlands getroffen worden sei, so werde das zweifellos den Zusammenbruch der Konferenz bedeuten. Er nehme an, daß man in einem solchen Falle wahrscheinlich auf den Vorschlag von Außenminister Byrnes zurückkommen müsse, und jeder an dem, was in seinem Gebiet vorhanden sei, sich halten werde ... Bisher sei in dieser Frage kein Fortschritt erzielt worden. Stalin erwiderte, für die Versorgung Deutschlands seien Kohle und Stahl viel wichtiger als Lebensmittel. 90 % des deutschen Metalls und 80 % der deutschen Kohle kämen aus dem Ruhrgebiet. Churchill erklärte, wenn Lieferungen aus dem Ruhrgebiet an die russische und die polnische Zone erfolgen sollten, dann müßte dafür in Lebensmitteln aus der russi-

schen Zone gezahlt werden. Er könne nicht den Standpunkt billigen, daß die Russen über alles, was sich hinter der russischen Linie befinde, ohne britische und amerikanische Zustimmung allein verfügen dürften, und gleichzeitig von ihnen Fabriken und Rohstoffe verlangen könnten. Stalin sagte, wenn das Ruhrgebiet in Deutschland verbleiben sollte, müßten seine Rohstoffe für ganz Deutschland in Anspruch genommen werden. Churchill fragte: Warum dann nicht auch Lebensmittel? Stalin antwortete, diese Frage könne erörtert werden. Es gebe zwei verschiedene Punkte, das Ruhrgebiet und die Lebensmittelversorgung. Churchill fragte weiter, wie die Bergleute die Kohle ohne Lebensmittel fördern könnten, woher die Lebensmittel dafür kommen sollten. Stalin meinte, das sei der Punkt, den sie gerade erörterten. Es sei die Frage der Einfuhren und Ausfuhren. Deutschland habe stets große Mengen Lebensmittel importiert; es habe auch immer exportieren müssen, um seine Einfuhren bezahlen zu können. Churchill fragte dann, wie die Deutschen Reparationszahlungen leisten könnten. Stalin betonte, sie würden sicher in der Lage sein, zu zahlen. Churchill erklärte, es sei ihm unmöglich, irgendeiner Regelung zuzustimmen, die im kommenden Winter in der britischen Zone zur Hungersnot führen werde, während die Polen die deutschen Lebensmittelanbaugelände für sich allein hätten. Stalin bemerkte, die Polen hätten die Russen um Brot gebeten, da bei ihnen bis zur nächsten Ernte Lebensmittelknappheit bestehe. Churchill wies darauf hin, daß man in England den schlechtesten geheizten Winter des ganzen Krieges erleben werde. Stalin fragte nach dem Grund. Churchill antwortete, weil Kohle knapp sei. Stalin gab zurück, England habe stets Kohle exportiert. Er regte an, daß es seine Kriegsgefangenen zur Arbeit einsetzen solle. Die Russen ließen ihre Kriegsgefangenen in Bergwerken arbeiten. Was die Kohle betreffe, so würde es schwierig sein, ohne die Gefangenen auszukommen. Er sagte, die Briten hätten 400 000 deutsche Soldaten in Norwegen, die noch nicht einmal entwaffnet seien. Niemand wisse, worauf sie warteten. Churchill erwiderte, es sei ihre Absicht, sie zu entwaffnen. Er kenne die Lage nicht genau, die Vorkehrungen dafür seien vom Obersten Hauptquartier der Alliierten Expeditionstreitkräfte getroffen worden ... Die Briten seien knapp an Kohle, weil sie nach Holland, Frankreich und Belgien exportieren müßten. Sie selbst schränkten sich ein — sie fänden es deshalb sonderbar, daß die Polen Kohle, die sie in einem Gebiet fördern, das britischerseits nicht als polnisch anerkannt werde, nach Schweden und anderen Ländern verkauften. Stalin sagte,

<sup>148)</sup> The Conference of Berlin 1945, II, S. 378 f. bringt die dazu vorliegenden Mitteilungen der Augen- und Ohrenzeugen des Vorganges.



Frage kommenden Gebiet, sondern aus ande- die Polen verkauften keine Kohle aus dem in- ren Vorkommen. Er habe nicht die Gewohn- heit, zu klagen, aber er müsse doch daran er- innern, daß die russische Lage noch schlimmer als die der Briten sei. Sie hätten 5 Millionen Menschen in diesem Krieg verloren. Er fürchte, wenn er zu klagen anfangen, werde Churchill in Tränen ausbrechen. Churchill sagte, sie seien äußerst interessiert, Kohle aus dem Ruhr- gebiet gegen Lebensmittel für die deutsche Be- völkerung einzutauschen ... Er versicherte, die britische Lage werde nach dem Kriege schwieriger sein, als sie während des Krieges war, wenn sie jetzt vielleicht auch weniger töd- lich sei. Stalin bemerkte, da man den Krieg richtig angefaßt habe, werde man auch mit dem Frieden fertig werden<sup>149</sup>).

#### 4. Der Wechsel in der Führung der britischen Delegation

Mit dieser Hoffnung verließen Premierminister Churchill und Außenminister Eden am 25. Juli Potsdam. Die Abreise der britischen Politiker veranlaßte eine Unterbrechung der Konferenz von Potsdam — eine Unterbrechung vor allem der Vollsitzungen. Die Unterausschüsse und die Beratungen der Außenminister gingen wei- ter. Auch fanden zahlreiche zweiseitige Ge- spräche statt.

Die Ergebnisse der britischen Unterhauswahlen, am 26. Juli bekanntgegeben, erbrachten einen Sieg der Labour Party. Die Sitze des Unterhauses verteilten sich wie folgt: Konser- vative 189 (vorher 361), Labour Party 399 (vor- her 166), Nationalliberale 13 (vorher 27), Libe- rale 12 (vorher 18), Unabhängige und kleine Parteien 24 (vorher 42)<sup>150</sup>). Premierminister Churchill reichte noch am gleichen Tage sein Rücktrittsgesuch ein. König Georg VI. er- nannte den Führer der siegreichen Labour Party zum Premierminister und beauftragte ihn mit der Kabinettsbildung. Clement Attlee forderte Churchill auf, mit ihm nach Potsdam zurückzukehren, was dieser jedoch ablehnte. Zu der häufig erörterten Frage, welchen Ein- fluß das Ausscheiden Churchills aus dem Kreis der Großen Drei für den Fortgang der Konfe- renz hatte, bemerkt Isaac Deutscher in seiner Stalin-Biographie: „In der ersten Hälfte der Konferenz waren noch zwei Männer anwesend, die das Kriegstriumvirat gebildet hatten, Sta- lin und Churchill. In der zweiten Konferenz- hälfte wurden Churchill und Eden durch Attlee und Bevin ersetzt, nachdem die britische Ar- beiterpartei bei den Wahlen in England einen

fulminanten Sieg errungen hatte. Damit soll nicht gesagt sein, daß das Drama sich anders entwickelt hätte, wenn dieser Personenwechsel nicht eingetreten wäre. Jedenfalls ist festzu- stellen, daß es nicht lange dauerte, bis sich Churchill zum schärfsten Gegner Stalins ent- wickelte, und wenn Roosevelt am Leben ge- blieben wäre, so wäre es auch keinesfalls er- wiesen gewesen, daß er für alle Zeiten den Schutzheiligen einer russisch-amerikanischen Freundschaft gespielt hätte, eine Rolle, die man ihm in gewissen Kreisen zugedacht zu haben schien. Trotzdem darf man davon aus- gehen, daß dieser Personenwechsel einen un- mittelbaren und ungünstigen Einfluß auf den Verlauf der Potsdamer Konferenz ausübte. Daß neue Akteure auftraten, konnte durch eine interalliierte Politik weder provoziert noch verhindert werden, aber es war doch ein Akt von tiefer symbolischer Bedeutung, daß in der Residenz, die einst Friedrich der Große sich erbauen ließ, und inmitten der Ruinen, die Hitler verschuldet hatte, Stalin der einzige Staatschef der Kriegszeit war, der übrig blieb, den Frieden zu schließen. Die große Allianz begann sich aufzulösen.“<sup>151</sup>).

#### 5. Vorentscheidungen in der sowjetischen Besatzungszone

Am Tage nach der Bekanntgabe der Ergebnisse der britischen Unterhauswahlen, am 27. Juli, erließ der Chef der Sowjetischen Militär- administration in Deutschland seinen Befehl Nr. 17, der „zwecks Entwicklung der Wirt- schaft und Wiederherstellung des Verkehrs- und Nachrichtenwesens, der Gesundheitsfür- sorge und Volkserziehung in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands“ die Bildung von „Deutschen Zentralverwaltungen“ anord- nete<sup>152</sup>). Damit erreichte die Entwicklung der sowjetischen Besatzungszone einen ersten Höhepunkt.

Diese hatte mit dem Eintreffen der „Initiativ- gruppe der KPD“, der „Gruppe Ulbricht“, auf deutschem Boden am 30. April, an dem Tage, an dem Hitler sich selbst den Tod gab, begon- nen. Sie hatte am 2. Mai in Berlin ihre Tätig- keit aufgenommen<sup>153</sup>). Zum Zeitpunkt der Kapi- tulation hatte sich ein Mitglied der Partei- und Staatsführung der Sowjetunion, Anastas Mi- kojans, in der sowjetischen Besatzungszone auf-

<sup>149</sup>) I. Deutscher, Stalin. Eine politische Biographie, Stuttgart 1962, S. 575 f.

<sup>152</sup>) W. Ulbricht, Zur Geschichte der neuesten Zeit, Bd. I, 1. Halbband, Berlin 1955, S. 417 ff.

<sup>153</sup>) W. Leonhard, Die Revolution entläßt ihre Kin- der, Köln 1955, S. 334; ders., „Es muß demokratisch aussehen ...“, in: Die Zeit, 20. Jahrg. (1965), Nr. 22 vom 7. Mai 1965.

<sup>149</sup>) The Conference of Berlin 1945, II, S. 382 ff.

<sup>150</sup>) Keesing's Archiv der Gegenwart, XV. Jahrg. (1945), S. 336. Vgl. dazu Churchill, Der Zweite Welt- krieg, VI/2, S. 375 f.



gehalten, um sich an Ort und Stelle über die politischen Verhältnisse und die wirtschaftlichen Gegebenheiten zu informieren. Mikojan veröffentlichte in der „Prawda“ einen Bericht<sup>154)</sup>, der unter Hinweis auf die Hilfe der Roten Armee für die hungernde Bevölkerung der Städte eine Zusammenarbeit zwischen Deutschen und Sowjetmenschen zwar nicht direkt forderte, jedoch andeutete. Seine Eindrücke dürften für die Festlegung der von der Sowjetunion als Besatzungsmacht zu ergreifenden politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen bestimmend gewesen sein.

Rascher und entschiedener als die Militärregierungen der westlichen Besatzungszonen nahm die Sowjetische Militäradministration, den Vorteil ihrer früheren Alleinwesenheit in Berlin wahrnehmend, auf den Wiederaufbau der Verwaltung und auf die Neugestaltung des Wirtschaftslebens ihrer Besatzungszone Einfluß. Sie konnte sich dabei auf die aus Moskau nach Deutschland zurückgekehrten deutschen Kommunisten stützen und diese als Mittel zur Vertretung und Durchführung der von ihr vertretenen Besatzungspolitik benützen. Die Tatsache, daß Besatzungsmacht und eine vor der Besatzungsmacht nicht nur zugelassene, sondern mit dieser übereinstimmende Funktionärsgruppe bei der Besetzung gemeinsame politische und wirtschaftliche Ziele verfolgten, ist ein für die Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone entscheidender Umstand. Er hat in den westlichen Besatzungszonen kein vergleichbares Gegenstück.

Am 9. Juni 1945 war die Errichtung der Sowjetischen Militäradministration (SMA) bekanntgegeben worden<sup>155)</sup>. Diese wandte sich tags darauf, am 10. Juni, mit ihrem Befehl Nr. 2, der auf dem Territorium der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland die Bildung und Tätigkeit antifaschistischer Parteien und die Vereinigung der Werktätigen in freien Gewerkschaften zum Zwecke der Wahrung der Interessen und Rechte der Werktätigen nicht nur gestattete, sondern befahl, an die Öffentlichkeit<sup>156)</sup>. Am Tage darauf, am 11. Juni, hatte sich das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands mit einem Aufruf an das deutsche Volk gewandt. Das Manifest, „das die Gruppe Pieck, bis zum letzten Komma formuliert, aus Moskau mitgebracht hatte“<sup>157)</sup>, wandte sich an das schaffende Volk in Stadt

und Land, Männer, Frauen und Jugend, und gab zunächst eine Analyse der Ergebnisse der Herrschaft Hitlers. Es betonte, nicht nur Hitler sei schuld an den Verbrechen, die an der Menschheit begangen worden seien, sondern auch die zehn Millionen Deutschen, die 1932 bei freien Wahlen für Hitler gestimmt hatten. Die Darlegung der deutschen Situation beschloß das Manifest mit der Forderung: „Keine Wiederholung der Fehler von 1918. Schluß mit der Spaltung des schaffenden Volkes! Keinerlei Nachsicht gegenüber dem Nazismus und der Religion! Nie wieder Hetze gegen die Sowjetunion, denn wo diese Hetze auftaucht, da erhebt die imperialistische Reaktion ihr Haupt.“ Der Aufruf sprach sich für die Beendigung der 1848 eingeleiteten bürgerlich-demokratischen Umbildung und gegen den Versuch, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, aus. Der Aufruf, als Preisgabe wirtschafts-ideologischer Vorstellungen und totalitärer Bestrebungen durch die KPD verstanden, zerstreute zunächst die Befürchtungen derer, die eine Übertragung sowjetischer Verhältnisse auf den von den sowjetischen Truppen besetzten Teil Deutschlands befürchteten hatten. In seiner Erläuterung dieses Aufrufes vor der ersten Funktionärskonferenz der KPD Groß-Berlin am 25. Juni, legte Ulbricht die Folgen des Zweiten Weltkrieges für Deutschland dar. Er nannte an erster Stelle die militärische und ökonomische Entwaffnung Deutschlands. Er forderte die Schaffung einer „einheitlichen (Arbeiter-) Partei neuen Typus“ und „den Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien“<sup>158)</sup>. Dessen Konstituierung war erfolgt, nachdem sich SPD, LDP und CDU konstituiert hatten. Zunächst, am 19. Juni, hatten die beiden Arbeiterparteien KPD und SPD einen „Gemeinsamen Arbeitsausschuß“ gebildet. Vertreter der sowjetischen Besatzungsbehörden hatten von den Repräsentanten der in Gründung befindlichen Parteien CDU und LDPD enge Zusammenarbeit mit allen antifaschistischen Parteien verlangt<sup>159)</sup>. Am 14. Juli hatten sich die vier von der sowjetischen Besatzungsmacht zugelassenen Parteien zu einem antifaschistischen Block zusammengeschlossen und einen Ausschuß von 20 Mitgliedern gebildet<sup>160)</sup>. Ulbricht versicherte im Oktober 1946, Block-

<sup>154)</sup> Auszüge bei: Ulbricht, Zur Geschichte der neuesten Zeit, Bd. I, 1. Halbband, S. 65 f.

<sup>155)</sup> Ulbricht, Zur Geschichte der neuesten Zeit, Bd. I, 1. Halbband, S. 110 f.

<sup>156)</sup> Ulbricht, Zur Geschichte der neuesten Zeit, Bd. I, 1. Halbband, S. 368 f.

<sup>157)</sup> C. Stern, Porträt einer bolschewistischen Partei, Köln 1957, S. 13.

<sup>158)</sup> Ulbricht, Zur Geschichte der neuesten Zeit, Bd. I, 1. Halbband, S. 370 ff.

<sup>159)</sup> E. Krippendorff, Die Gründung der Liberal-Demokratischen Partei in der Sowjetischen Besatzungszone 1945, in: Zeitschrift für Zeitgeschichte, 8. Jahrg. (1960), S. 290 ff.; P. Hermes, Die Christlich-Demokratische Union und die Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands im Jahre 1945, Saarbrücken 1963.

<sup>160)</sup> Ulbricht, Zur Geschichte der neuesten Zeit, Bd. I, 1. Halbband, S. 380 ff.



politik dürfe nicht nur als Arbeitsgemeinschaft von SED, CDU und LDPD verstanden werden. Über den Unterschied bemerkte er: „Auch in der SED gibt es manche Genossen, die an den Erfolgen der Blockpolitik zweifeln, Diese Genossen erkennen oft nicht den Unterschied zwischen Blockpolitik und Koalitionspolitik. Während das Wesen der Koalitionspolitik darin besteht, daß unter den Bedingungen des Fortbestehens der Herrschaft der Konzerne, Großbanken und Großgrundbesitzer die Bourgeoisie die führende Kraft war, während sich die Arbeitervertreter mehr oder weniger in ihrem Schlepptau befanden, besteht das Wesentliche der Blockpolitik darin, daß durch die gemeinsamen Anstrengungen die Macht der Kriegsverbrecher, Konzerne, Großbanken und militaristischen Großgrundbesitzer beseitigt wird und die Arbeiterschaft die führende Rolle in der demokratischen Entwicklung übernimmt. Nachdem die alten bürgerlichen Parteien sich als unfähig erwiesen hatten, die Lebensfrage unseres Volkes zu lösen, müssen neue Kräfte aus dem schaffenden Volk die Geschicke der Nation in ihre Hände nehmen.“<sup>161)</sup>

Am 9. Juli 1945 hatte die Sowjetische Militäradministration eine verwaltungsmäßige Gliederung ihrer Besatzungszone vorgenommen, bei der die zwei preußischen Provinzen Brandenburg und Sachsen-Anhalt verselbständigt wurden<sup>162)</sup>. Während der Konferenz von Potsdam, am 23. Juli, enteignete sie entschädigungslos alle Banken und Sparkassen. Sie ermächtigte die Verwaltung der Kreise und Städte, neue Sparkassen zu errichten. Neue Banken konnten nur durch die Verwaltung der Länder und Provinzen geschaffen werden<sup>163)</sup>. Der Befehl zur Errichtung „Deutscher Zentralverwaltungen“ vom 27. Juli beschloß die Phase politischer und administrativer Vorbereitung der unmittelbar nach Beendigung der Konferenz eingeleiteten wirtschaftlichen und sozialen Strukturveränderung Mitteldeutschlands. Deren letzte Maßnahmen ergingen sozusagen unter den Augen der Konferenz von Potsdam.

## 6. Die zweite Konferenzphase (28. Juli — 2. August 1945)

Am 28. Juli begab sich Premierminister Attlee mit dem neu ernannten Außenminister Ernest Bevin nach Potsdam. Sofort nach dem Eintreffen suchten die beiden britischen Politiker Prä-

sident Truman auf. Dieser legte unter anderem die sowjetische Forderung nach Ostpreußen vor und zeigte auf einer Karte die Änderungen in den Grenzlinien Deutschlands, Polens und der Sowjetunion. Außenminister Bevin erhob sofort und nachdrücklich starken Einspruch gegen die von der Sowjetunion gewünschten neuen Grenzen in Ost-Mittel-europa<sup>164)</sup>.

In den späten Abendstunden des 28. Juli trat die Konferenz zu ihrer 10. Vollsitzung zusammen und erörterte das deutsche Reparationsproblem. Die Sowjetunion legte Wert auf die Unterscheidung zwischen Kriegsbeute und Reparationen. Als Kriegsbeute sollten alle vor der Konferenz vorgenommenen Abtransporte bezeichnet werden; diese sollten nicht den Reparationen zugezählt werden<sup>165)</sup>.

Am 29. und 30. Juli fanden keine Vollsitzungen statt. Der sowjetische Außenminister Molotow eröffnete dem amerikanischen Präsidenten, Marschall Stalin habe sich erkältet; seine Ärzte gestatteten ihm nicht, das Haus zu verlassen<sup>166)</sup>.

Die Ausschüsse und die Außenminister setzten jedoch ihre Beratungen fort. Auch fanden zweiseitige Besprechungen statt. Alle Anstrengungen waren jedoch nicht in Lage, die offenen Fragen zu klären. Ein erfolgreicher Abschluß der Konferenz war in Frage gestellt. In dieser Situation ergriff die amerikanische Delegation die Initiative und erstellte ein Paket, d. h. eine Zusammenfassung von drei Vorschlägen. Diese betrafen die Frage der polnischen Westgrenze, die von Deutschland zu fordernden Reparationen und die Zulassung von sowjetischen Einzelrepubliken zur Organisation der Vereinten Nationen<sup>167)</sup>. In der Frage der Zulassung sowjetischer Einzelrepubliken zeigte sie Entgegenkommen, bei der Festlegung der deutschen Reparationen wünschte sie ein Entgegenkommen der Sowjetunion. In der Frage der polnischen Westgrenze unterbreitete sie auf Grund der vorausgegangenen Diskussionen und der Besprechungen mit der polnischen Delegation einen Kompromiß: Bis zur endgültigen Festlegung der Westgrenze Polens sollen die früheren deutschen Gebiete ostwärts einer von der Ostsee durch Swinemünde und von dort längs der Oder bis zur Einmündung der westlichen Neiße und längs der westlichen Neiße bis zur tschechoslowakischen Grenze verlaufenden Linie einschließlich des Teiles von Ostpreußen, der entsprechend dem auf der Konferenz erzielten Einverständnis nicht unter

<sup>161)</sup> W. Ulbricht, Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Aus Reden und Aufsätzen, Bd. III: 1946—1950, S. 71 f.

<sup>162)</sup> Ulbricht, Zur Geschichte der neuesten Zeit, Bd. I, 1. Halbband, S. 383 f.

<sup>163)</sup> SBZ von 1945 bis 1954. Die sowjetische Besatzungszone Deutschlands in den Jahren 1945—1954, Bonn 1956, S. 15.

<sup>164)</sup> The Conference of Berlin 1945, II, S. 458 f.

<sup>165)</sup> The Conference of Berlin 1945, II, S. 459 ff.

<sup>166)</sup> The Conference of Berlin 1945, II, S. 471 ff.

<sup>167)</sup> The Conference of Berlin 1945, II, S. 1150 f.



die Verwaltung der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken gestellt wurde, und einschließlich des Gebietes der früheren Freien Stadt Danzig unter die Verwaltung des polnischen Staates kommen.

Dieser Kompromißvorschlag entthob Stalin der Notwendigkeit, in der Frage der polnischen Westgrenze seinerseits Entgegenkommen zu zeigen. Stalin hatte am Abend des 29. Juli den Präsidenten der provisorischen polnischen Regierung, Bierut, eingeladen, dem er vorschlug, gegenüber den Amerikanern eine Geste zu machen und die Oder-Neiße-Linie im südlichen Teil nach Osten zurückzuverlegen. Die Oder-Linie sollte beibehalten werden, ihr südlicher Verlauf sollte jedoch von der Görlitzer Neiße zu der von Quais und Bober gebildeten Linie zurückverlegt werden <sup>168</sup>).

Auf Grund der amerikanischen Initiative kam die Konferenz zu einem überstürzt wirkenden Abschluß.

Die 11. Vollsitzung vom 31. Juli befand u. a. über Reparationen von Deutschland, über die polnische Westgrenze, über die wirtschaftlichen Grundsätze für Deutschland, über die Aufteilung der deutschen Kriegs- und Handelsmarine, über die Bestrafung von Kriegsverbrechern und über die Kontrolle internationaler Wasserstraßen. Sie beriet auch über die von der Protokollkommission beschlossene Formulierung über die Umsiedlung deutscher Minderheiten. Der amerikanische Außenminister Byrnes empfahl die Annahme des von dem Protokollausschuß und von den Außenministern vorbereiteten Schriftstückes, um eine ordnungsgemäße Überführung der deutschen Minderheiten zu erreichen. Der sowjetische Außenminister Molotow befürchtete Schwierigkeiten, da die Angelegenheit nicht ohne Beziehung der Regierungen Polens, der Tschechoslowakei und Ungarns erledigt werden könne. Stalin vertrat die Auffassung, es seien in Polen, in der Tschechoslowakei und in Ungarn Zustände geschaffen worden, die für die Deutschen ein Bleiben unmöglich machten. Der

amerikanische Außenminister betonte, das vorgesehene Schriftstück solle die ordnungsgemäße Abwicklung der Angelegenheit sicherstellen. Stalin bemerkte, die Polen und Tschechen würden der Konferenz erklären, die Regierungen hätten keine Weisungen gegeben, die Deutschen seien geflohen. Präsident Truman bat daraufhin Stalin um Zustimmung zu der vorgesehenen Formulierung mit der Bemerkung, das Schriftstück würde an der Lage vielleicht nicht viel ändern, doch wäre es eine Hilfe. Auch Premierminister Attlee war dieser Ansicht. Er meinte, die Konferenz müßte die Regierungen auf die Aktionen ihrer Beamten aufmerksam machen. Stalin erklärte, er habe daraufhin keine Einwände. Auch mit der Unterrichtung Frankreichs erklärte sich die Konferenz einverstanden. Es handelte sich bei diesem Schriftstück um den Entwurf zu Artikel XIII des Potsdamer Abkommens vom 2. August 1945. Dieses sah, wie allgemein bekannt, die „ordnungsgemäße Überführung deutscher Bevölkerungsteile“ vor <sup>169</sup>).

Bereits am 31. Juli beauftragte der amerikanische Außenminister Byrnes die amerikanischen Botschafter in Warschau, Prag und Budapest, die dortigen Regierungen von dem darin zum Ausdruck gebrachten Entschluß der Konferenzmächte zu unterrichten <sup>170</sup>).

Am 1. August trat die Konferenz zu zwei Vollsitzungen zusammen; die erste dauerte von 15.30 Uhr bis 17.50 Uhr <sup>171</sup>), die zweite dauerte vom 1. August 22.30 Uhr bis 2. August 0.30 Uhr <sup>172</sup>). Beide Vollsitzungen verabschiedeten die vorbereiteten Beschlüsse. Stalin, mit dem Ergebnis offensichtlich zufrieden, erging sich in witzigen Bemerkungen über protokollarische Fragen, die den Diplomaten Kummer bereiteten. Die Unterzeichnung des Protokolls nahm lange Zeit in Anspruch. Präsident Truman schloß die Zusammenkunft mit dem Wunsch, die nächste gemeinsame Konferenz in Washington eröffnen zu dürfen. Er schreibt in seinen Erinnerungen, daraufhin habe jemand gesagt, „so Gott will“. Es war Stalin <sup>173</sup>).

## V. Ergebnis der Konferenz

### 1. Das „Abkommen von Potsdam“

Die Konferenz von Potsdam faßte ihre Beschlüsse in einem Protokoll („Protocol of Proceedings“) zusammen; eine Kurzfassung davon wurde im Kommuniqué veröffentlicht, das in der Regel als „Abkommen von Potsdam“ bezeichnet wird <sup>174</sup>). Dieser Titel ist sachlich und rechtlich ungenau. Im „Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland“ <sup>175</sup>) ist dieses Schriftstück

mit der Überschrift „Mitteilung über die Dreimächte-Konferenz von Berlin“ versehen. Am 24. März 1947 veröffentlichte das amerikanische Außenministerium das gegenüber dem Kom-

<sup>168</sup>) The Conference of Berlin 1945, II, S. 1539.

<sup>169</sup>) The Conference of Berlin 1945, II, S. 511 ff.

<sup>170</sup>) The Conference of Berlin 1945, II, S. 1035 f.

<sup>171</sup>) The Conference of Berlin 1945, II, S. 566 ff.

<sup>172</sup>) The Conference of Berlin 1945, II, S. 586 ff.

<sup>173</sup>) Truman, Memoiren, I, S. 420.



munique vom 2. August 1945 abweichend nummerierte „Protocol of Proceedings“ vom 1. August 1945. Dieses enthält nach Abschnitt XIII („Ordnungsgemäße Überführung deutscher Bevölkerungsteile“) acht Artikel (XIV bis XXI); danach folgt Abschnitt XIV des Kommuniqués vom 2. August 1945<sup>176)</sup>.

Die wichtigsten Bestimmungen dieser Vereinbarung sahen vor:

1. Ein „Rat der Außenminister“ wurde von den fünf „Hauptmächten“ (China, Frankreich, Großbritannien, Sowjetunion und Vereinigten Staaten) gebildet. Die Mitgliedschaft Chinas wurde nicht realisiert; die Besatzungsmächte Deutschlands blieben unter sich. Sitz des Rates war London; seine Sitzungen fanden in London, Paris, Moskau und New York statt. Als seine vordringlichste und wichtigste Aufgabe wurde die Vorbereitung der Friedensverträge mit Italien, Rumänien, Ungarn und Finnland bezeichnet. Auch sollte er Vorschläge zur Regelung der ungelösten territorialen Fragen in Europa ausarbeiten und an der Planung einer friedlichen Regelung für Deutschland beteiligt werden. Ein entsprechendes Dokument sollte durch die für diesen Zweck geeignete Regierung Deutschlands angenommen werden, nachdem sie gebildet war. Mit dieser umständlichen Vereinbarung wurde der Abschluß eines Friedensvertrages für Deutschland und dessen Annahme durch eine für Deutschland zuständige Regierung in Aussicht gestellt; in ihrer Formulierung schienen die unklaren und gegensätzlichen Vorstellungen der Mächte darüber durch. Die Regierungschefs kündigten an, dessen Errichtung widerspreche nicht der auf der Konferenz von Jalta getroffenen Vereinbarung, periodische Beratungen der Außenminister der Vereinigten Staaten, der Sowjetunion und Großbritanniens zu veranstalten.

2. Die Europäische Beratende Kommission wurde aufgelöst; ihre Tätigkeit wurde kurz gewürdigt.

3. Die Mächte legten noch einmal die allgemeinen Grundsätze ihrer Politik gegenüber Deutschland fest: „Alliierte Armeen führen die Besetzung von ganz Deutschland durch, und das deutsche Volk fängt an, die furchtbaren Verbrechen zu büßen, die unter der Leitung derer, welche es zur Zeit ihrer Erfolge offen gebilligt hat und denen es blind gehorcht hat, begangen wurden.“ Anschließend versicherten sie, auf

<sup>174)</sup> The Conference of Berlin 1945, II, S. 1477 ff. Vgl. dazu: Faust, Das Potsdamer Abkommen und seine völkerrechtliche Bedeutung, Frankfurt/Main 1964<sup>3</sup>.

<sup>175)</sup> Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland. Ergänzungsbild Nr. 1, S. 13 ff.

<sup>176)</sup> The Conference of Berlin 1945, II, S. 1477 und S. 1498 Anm. 99.

der Konferenz sei Übereinstimmung über die politischen und wirtschaftlichen Grundsätze der gleichgeschalteten Politik der Alliierten in bezug auf das besiegte Deutschland in der Periode der alliierten Kontrolle erreicht worden, deren Ziel die Durchführung der „Krim-Deklaration“ sei. Die Ausrottung des deutschen Militarismus und Nazismus wird gefordert, jedoch bemerkt, es sei nicht Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven. Dieses soll die Möglichkeit erhalten, sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem aufzubauen. Es könne zur gegebenen Zeit seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einnehmen, wenn seine Anstrengungen unablässig auf die Erreichung des ihm von den Alliierten gesteckten Zieles gerichtet sei.

Die „Übereinkunft über Deutschland“ umfaßte politische und wirtschaftliche Grundsätze. Als Ziele der Besetzung Deutschlands wurden angegeben: Völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands und die Ausschaltung der gesamten deutschen Industrie, welche für eine Kriegsproduktion benutzt werden kann, oder deren Überwachung, Hinführung des deutschen Volkes zu der Erkenntnis der ihm zukommenden Verantwortung, Abschaffung nazistischer Gesetze, Aburteilung der Kriegsverbrecher und aller derjenigen, die an der Planung oder Verwirklichung nazistischer Maßnahmen mitwirkten, Entfernung aller Mitglieder der NSDAP aus den öffentlichen und halböffentlichen Ämtern und von verantwortlichen Posten in wichtigen Privatunternehmen, Umgestaltung des Erziehungswesens, Reorganisation des Gerichtswesens, Dezentralisierung und Strukturänderung der Verwaltung Deutschlands. Diese Absichten werden durch detaillierte Empfehlungen und Anregungen erläutert.

Die danach folgenden wirtschaftlichen Grundsätze sahen die Vernichtung des deutschen Kriegspotentials und die Festlegung der deutschen Produktionskapazität vor. In praktisch kürzester Frist wurde die Dezentralisation des deutschen Wirtschaftslebens, verbunden mit der Vernichtung der bestehenden übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskräfte, gefordert. Das Hauptgewicht sollte bei der Organisation des deutschen Wirtschaftslebens auf die Entwicklung der Landwirtschaft und der Friedensindustrie für den inneren Bedarf gelegt werden. In dieser Bestimmung klangen Gedanken des Morgenthau-Plans<sup>177)</sup> an.

Von ihnen unterschied sich die nachfolgende Feststellung, die die Kriegserwägungen über

<sup>177)</sup> Deuerlein, Die Einheit Deutschlands, I, S. 48 ff. und S. 318 ff.



die Aufteilung Deutschlands verwarf und zu der beginnenden Entwicklung in Deutschland erklärte: „Während der Besatzungszeit ist Deutschland als eine wirtschaftliche Einheit zu betrachten.“ Zu deren Verwirklichung wurden gemeinsame Richtlinien für Erzeugung und Verteilung der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion, Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei, Löhne, Preise und Rationalisierung, Import- und Exportprogramm, Währung, Bankwesen, Besteuerung, Zölle, Reparationen, Beseitigung des militärischen Industriepotentials, Telefon-, Transport- und Verkehrswesen gefordert, die der Kontrollrat ausarbeiten sollte. Er wurde ermächtigt, sich zur Durchführung der sich ergebenden Aufgaben einen deutschen Verwaltungsapparat zu schaffen. Durch diesen sollte dem deutschen Volk gleichzeitig klargemacht werden, daß die Verantwortung für diese Verwaltung und deren Versagen auf ihm ruhe. Schließlich wurden unverzügliche Maßnahmen für das Verkehrswesen, die Kohlenerzeugung, landwirtschaftliche Gütererzeugung und Wiederinstandsetzung der Wohnungen empfohlen. Auch darum sollte sich der Kontrollrat kümmern; er sollte gleichzeitig das deutsche Vermögen im Ausland unter seine Kontrolle nehmen. Bei der Aufstellung des Haushaltsplanes für Deutschland sollten für die Einfuhren die nötigen Mittel vorgesehen werden, die durch Ausfuhren deutscher Erzeugnisse aufgebracht werden sollten.

4. Die von Deutschland zu leistenden Reparationen wurden bestimmt. Ansprüche der Sowjetunion sollten durch Entnahmen aus der von ihr besetzten Zone in Deutschland und durch angemessene Beteiligung an den deutschen Auslandsguthaben befriedigt werden. Sie wurde verpflichtet, daraus auch die Ansprüche Polens zu erfüllen. Die Reparationsforderungen Großbritanniens, der Vereinigten Staaten von Amerika und anderer zu Reparationserwartungen berechtigter Staaten sollten aus den westlichen Zonen und den deutschen Auslandsguthaben abgegolten werden. Der Sowjetunion wurden darüber hinaus 15 Prozent derjenigen verwendungsfähigen und vollständigen industriellen Ausrüstungen, vor allem der metallurgischen, chemischen und maschinenerzeugenden Industrie, der westlichen Zonen zugesprochen, die in der beschränkten deutschen Friedenswirtschaft unnötig waren. Im Austausch dafür sollte die Sowjetunion nach Vereinbarung Nahrungsmittel, Kohle, Kali, Zink, Holz, Tonprodukte, Petroleum und andere Produkte in die westlichen Zonen liefern. Ohne Bezahlung oder Gegenleistung sollte die Sowjetunion zehn Prozent der industriellen Ausrüstung der westlichen Zonen erhalten.

Der Sowjetunion waren damit insgesamt 25 Prozent der Industrie der westlichen Besatzungszonen zugesprochen. Zur Abwicklung der Reparationen sollte unter Beteiligung Frankreichs eine „Alliierte Kontrollkommission für Reparationen“ gebildet werden. Für Streitfragen erhielten die Oberkommandierenden die letzte Entscheidung. Sowohl für die Besitzverhältnisse als auch für die Auslandsguthaben wurden die Zonengrenzen als Interessengrenzen festgelegt.

5. Die deutsche Kriegs- und Handelsflotte wurde aufgeteilt, Anteile und Einzelheiten durch Sachverständige geklärt.

6. Die Stadt Königsberg und das anliegende Gebiet kam vorläufig an die Sowjetunion. Großbritannien und die Vereinigten Staaten von Amerika erklärten sich vorbehaltlich der endgültigen Bestimmung der territorialen Fragen bei der Friedenskonferenz mit einer sowjetischen Westgrenze, die quer durch Ostpreußen läuft, einverstanden und versicherten, diesen Vorschlag bei der bevorstehenden Friedensregelung zu unterstützen.

7. Das Ergebnis der in London geführten Viermächte-Verhandlungen über die Aburteilung von Kriegsverbrechern wurde zur Kenntnis genommen; diese sollten einer schnellen und sicheren Gerichtsbarkeit zugeführt werden.

8. Die Autorität der provisorischen österreichischen Regierung soll nach dem Einzug britischer und amerikanischer Streitkräfte in Wien auf ganz Österreich ausgedehnt werden. Eine Erörterung über die Wiedererrichtung eines selbständigen Österreich war nicht veranlaßt; die drei Mächte hatten sich bereits auf der Außenministerkonferenz in Moskau (18. bis 30. Oktober 1943) dafür ausgesprochen.

9. Deren Haltung zur „provisorischen polnischen Regierung der nationalen Einheit“ wurde eingehend dargelegt. Dabei wurde über die Westgrenze Polens folgende Regelung getroffen: „Die Häupter der drei Regierungen stimmen darin überein, daß bis zur endgültigen Festlegung der Westgrenze Polens die früher deutschen Gebiete westlich der Linie, die von der Ostsee unmittelbar westlich von Swinemünde und von dort die Oder entlang bis zur Einmündung der westlichen Neiße und die westliche Neiße entlang bis zur tschechoslowakischen Grenze verläuft einschließlich des Teiles Ostpreußens, der nicht unter die Verwaltung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Übereinstimmung mit den auf dieser Konferenz erzielten Vereinbarungen gestellt wird, und einschließlich des Gebietes der früheren Freien Stadt Danzig unter die Verwaltung des polnischen Staates kommen und in dieser Hinsicht nicht als ein Teil der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland



betrachtet werden sollen.“ Mit der Annahme dieser Bestimmung erzielte Stalin einen politisch-diplomatischen Erfolg: Trotz erheblicher Bedenken fanden sich Großbritannien und die Vereinigten Staaten mit der von der Sowjetunion eigenmächtig in den deutschen Ostgebieten vorgenommenen Veränderungen ab. Auch billigten sie, vor den geschaffenen Tatsachen zurückweichend, das sowjetische Verlangen, diesen Teil Deutschlands der Zuständigkeit des Kontrollrats zu entziehen. Damit war das Protokoll vom 12. September 1944, dessen Inhalt am 5. Juni 1945 der Öffentlichkeit mitgeteilt worden war, verletzt; nicht „Deutschland innerhalb seiner Grenzen, wie sie am 31. Dezember 1937 bestanden“, sondern ein seiner Ostgebiete beraubtes Deutsches Reich wurde „für Besatzungszwecke in vier Zonen auf geteilt“. Großbritannien und die Vereinigten Staaten hofften, die Sowjetunion werde bei Beratungen über einen Friedensvertrag für Deutschland Entgegenkommen zeigen; auch wollten sie sich im Verständnis für Polen, dessen Leiden unter der deutschen Besatzung bekannt waren, nicht beschämen lassen. Churchill fehlte bei der Redigierung des Kommuniqués, Truman war noch ohne Erfahrung mit der sowjetischen Politik.

10. Die folgenden Artikel befaßten sich mit dem Abschluß von Friedensverträgen mit den ehemaligen Verbündeten Deutschlands, mit der Zulassung zur UN, mit Fragen territorialer Treuhänderschaft und mit einer Verfahrensrevision bei der Alliierten Kontrollkommission in Rumänien, Bulgarien und Ungarn. Spanien wurde der Beitritt zu den Vereinten Nationen versagt.

11. Der vorletzte Artikel des Kommuniqués mit der Überschrift „Ordnungsgemäße Überführung deutscher Bevölkerungsteile“ regelte die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten, aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn, die, als Überführung bezeichnet, „in ordnungsgemäßer und humaner Weise“ erfolgen sollte. Dem Kontrollrat wurde aufgetragen, die gerechte Verteilung der vertriebenen Deutschen auf die einzelnen Besatzungszonen zu prüfen und gleichzeitig festzustellen, wieviele Personen schon aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn nach Deutschland gekommen seien.

## **2. Das „Abkommen von Potsdam“ und das deutsche Volk**

Die Beantwortung der Frage nach der rechtlichen Bedeutung des „Abkommens von Potsdam“ nahm in dem vor dem Bundesverfassungsgericht anhängig gemachten Verfahren gegen die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) einen breiten Raum ein. Einer

der Prozeßbevollmächtigten der als Antragstellerin auftretenden Bundesregierung, Prof. Dr. Erich Kaufmann, würdigte in einer umfangreichen Darlegung zunächst die Ergebnisse der durch die Moskauer Konferenz eingesetzten Europäischen Beratenden Kommission und hob vor allem die Bedeutung der Dokumente vom 5. Juni 1945 hervor, wobei er die Auffassung zurückwies, Besetzung und Kontrolle Deutschlands beruhten auf dem Potsdamer Abkommen. Gleichzeitig gab er zu bedenken, daß nach einer Bekundung der Westmächte vom 10. Juli 1952 das Kontrollsystem für Deutschland nur für die anfängliche Kontrollperiode gedacht gewesen sei. Kaufmann erinnerte des weiteren daran, daß völlige Meinungsverschiedenheiten über den Charakter der Oder-Neiße-Linie bestünden. Während nämlich die Westmächte der Auffassung seien, daß die endgültige Klärung erst durch eine Friedenskonferenz erfolgen und in einem Friedensvertrag ausgesprochen werden könne, behauptete die Sowjetunion, die Grenze sei endgültig festgelegt und könne in einer Friedensregelung nicht mehr in Frage gestellt werden.

Kaufmann wies nachdrücklich darauf hin, daß das Potsdamer Abkommen in rechtlicher Hinsicht nur ein Regierungsabkommen, kein völkerrechtlicher Vertrag im vollen Sinne des Wortes, kein „Treaty“, sondern ein „executive agreement“ in der Terminologie der Vereinigten Staaten sei. Kaufmann erklärte dazu: „So hat der Vertreter der Bundesregierung in der Tat mit Recht zur Stützung dieser unbestreitbaren Tatsache darauf hingewiesen, daß sich diese Rechtsnatur des Potsdamer Abkommens auch darin zeige, daß es als executive agreement nicht der Zustimmung einer Zweidrittelmehrheit im Senat bedurft habe. Damit hat er nicht seine völkerrechtliche Verbindlichkeit in Frage gestellt, sondern nur seine Rechtsnatur charakterisiert.“

Kaufmann betonte, daß es nicht zulässig sei, das Potsdamer Abkommen als eine Vier-Mächte-Vereinbarung zu bezeichnen, weil die französische Regierung nicht Mitkontrahent gewesen sei. Damit sei der Behauptung die Grundlage entzogen, daß Frankreich sich dem Potsdamer Abkommen in vollem Umfang angeschlossen habe. Zur Behandlung Deutschlands als wirtschaftliche Einheit sagte Kaufmann: „Gewiß, die wirtschaftliche Einheit Deutschlands ist im Potsdamer Abkommen vereinbart worden. Aber welches Deutschland? Mit dem Rheinisch-Westfälischen Gebiet und der Ruhr? Mit der Saar? Mit einer Vier-Mächte-Kontrolle über die Ruhr? Offene Fragen. Aber abgesehen davon, das Potsdamer Abkommen selbst machte die wirtschaftliche Einheit dadurch hinfällig, daß in ihm das Prin-



zip der Reparationen nach Zonen stipuliert ist, um Friktionen in dieser Frage mit der Sowjetunion zu vermeiden, wie die US-Regierung diese merkwürdige Bestimmung begründet hat. Aber dadurch sind diese Friktionen in keiner Weise ausgeschaltet, sondern im Gegenteil vermehrt worden. Denn nach der sowjetischen Auslegung der Reparationsvereinbarungen sollten auch Entnahmen aus der laufenden Produktion zulässig sein, was von seiten der beiden angelsächsischen Mächte auf das entschiedenste bestritten wurde. Es ist von der Zeit nach dem ersten Weltkrieg nur zu bekannt, was die Entnahmen aus der laufenden Produktion für die Weltwirtschaft und wirtschaftlich, sozial und politisch für Deutschland bedeuteten. Bei dem engen Zusammenhang der Reparationspolitik mit dem gesamten Wirtschaftsleben ist vor allem auch durch die Reparationsregelung nach Zonen die wirtschaftliche Einheit Deutschlands zunichte gemacht worden. Von der politischen Einheit Deutschlands spricht das Potsdamer Abkommen ausdrücklich nicht; es liegt sogar das *argumentum e contrario* nahe, daß bei der Erwähnung der wirtschaftlichen und dem Schweigen über die politische Einheit letztere nicht gemeint war. Die im Abkommen vorgesehenen, aber von Frankreich abgelehnten Staatssekretariate sollten nur einen wirtschaftlichen Wirkungskreis haben. Freilich ist in Teil II des Abkommens über die Errichtung eines Rates der Außenminister von einer ‚Friedensregelung‘, nicht einem Friedensvertrag die Rede; eine Friedensregelung, die von der Regierung Deutschlands zu ‚akzeptieren‘ sei (to be accepted), wenn eine für diesen Zweck geeignete Regierung errichtet ist (adequate for the purpose is established), also wenn eine für ein Friedensdiktat geeignete Regierung ‚errichtet‘ ist; errichtet von wem? Doch wohl kaum eine vom deutschen Volk in freier Selbstbestimmung gebildete Regierung, die kaum für ein solches Diktat ‚appropriate‘ sein dürfte, sondern eine irgendwie ‚erreichte‘ Regierung. Wir wissen, wie nach sowjetischer Ansicht geeignete Regierungen aussehen: wir denken an die baltischen Staaten, Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn und Rumänien, die ein anschauliches Bild von solchen Regierungen geben. In der vorhin zitierten Note der Westmächte ist diese Bestimmung des Potsdamer Abkommens als eine Beleidigung des deutschen Volkes bezeichnet worden. Diese uneinige Einigkeit zwischen den drei Potsdamer Mächten und Frankreich und die uneinige Einigkeit der drei Potsdamer Mächte über die Auslegung und Anwendung der Prinzipien für eine koordinierte alliierte Politik gegenüber dem besiegten Deutschland, die in Potsdam erstrebt wurde, soll nach der Antrags-

gegnerin auch für Deutschland und das deutsche Volk bindend sein?“.

Kaufmann stellt auch die Frage, inwieweit das deutsche Volk durch das Abkommen von Potsdam gebunden sei. Er machte darauf aufmerksam, daß das deutsche Volk in dem Abkommen nicht angesprochen, also nicht „Normenadressat“ sei und führte aus: „Die Tatsache, daß die Partner des Potsdamer Abkommens selbst Deutschland nicht als Normenadressaten ansahen, ergibt sich nicht nur aus Zweck und Inhalt des Abkommens, sondern auch daraus, daß sie ihre gemeinsamen Beschlüsse nicht in dem dispositiven Teil des Amtsblattes veröffentlicht haben, der das deutsche Volk und die deutschen Behörden als Normenadressaten ‚anspricht‘, sondern in einem Ergänzungsheft, das nur der allgemeinen Information dienen soll. Wenn der Vertreter der Bundesregierung auf diese Tatsache hinwies, so hat er damit natürlich nicht die Verbindlichkeit des Abkommens für die Parteien in Zweifel ziehen wollen, wie ihm von gegnerischer Seite unterstellt wird; er hat nur seine normative Kraft für Deutschland in Abrede gestellt. Andererseits ist es selbstverständlich, daß das deutsche Volk, um dessen Behandlung durch die Besatzungsmächte es geht, an der Sache im höchsten Maße interessiert ist. Die offizielle Information über die im Ergänzungsheft erschienenen Dokumente war daher wohl angebracht; denn in der Tat sind die so veröffentlichten Dokumente für Deutschland höchst bedeutungsvoll als die letzte Fassung dessen, was bereits in den Schlußkommunikés der vorbereitenden Kriegskonferenzen, zum Teil wörtlich ebenso, vereinbart war. Eine andere rechtliche Bedeutung als diese Kommunikés hat das Potsdamer Kommuniké nicht. Es sind eben die Grundsätze für die alliierte Politik gegenüber Deutschland niemals als unmittelbar die deutsche Bevölkerung und die deutschen Behörden bindende Vorschriften angesehen worden. Um diese unmittelbare Bindung herbeizuführen, mußten Proklamationen, Gesetze, Verordnungen, Direktiven, Befehle der einzelnen Oberbefehlshaber oder des Kontrollrates ergehen, die im dispositiven Teil des Amtsblattes veröffentlicht sind; erst dadurch wurden das deutsche Volk und die deutschen Behörden als Normenadressaten ‚angesprochen‘, sofern nicht individuelle Verwaltungsakte an die betroffenen Personen gerichtet wurden.“ Kaufmann schloß seine eingehende Würdigung mit der Feststellung, daß das Potsdamer Abkommen für das deutsche Volk nicht bindend sei.

Prof. Kaufmann wies die im Auftrag der Antragsgegnerin, der KPD, von Prof. Dr. Kröger vorgetragene Auffassung über die verpflichtende Wirkung des Potsdamer Abkommens



für Deutschland zurück. Professor Kröger argumentierte: „Das Potsdamer Abkommen ist die einzige rechtliche Grundlage, auf die wir uns stützen können bei unserem Anspruch auf die nationale Selbstbestimmung, auf staatliche Einheit, auf staatliche Souveränität, auf Wiedervereinigung und auf eine international gleichberechtigte Stellung. Preisgabe des Potsdamer Abkommens heißt: Preisgabe der nationalen Lebensrechte unseres Volkes. Und weiter: Jedes Bestreiten der Rechtswirksamkeit und Verbindlichkeit des Potsdamer Abkommens für das deutsche Volk bedeutet die Zerstörung des unlöslichen Rechts- und Pflichtenkomplexes im Potsdamer Abkommen und damit einen Widerspruch zu grundlegenden Rechtsprinzipien.“<sup>178)</sup>

In der Begründung des am 17. August 1956 verkündeten Urteils des 1. Senats des Bundesverfassungsgerichts wurde dazu erklärt: „Das Potsdamer Abkommen geht von der Aufrechterhaltung der politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands aus und sieht den Aufbau eines neuen deutschen Staatswesens von unten nach oben vor, für das jedoch bis auf weiteres keine zentrale deutsche Regierung errichtet werden soll. Die neue Ordnung wird an vielen Stellen des Abkommens als eine ‚demokratische‘ Ordnung gekennzeichnet; über den konkreten Inhalt einer deutschen Verfassung sagt das Potsdamer Abkommen jedoch nichts. In der Einleitung des Abschnitts III heißt es lediglich programmatisch, daß dem deutschen Volk die Möglichkeit gegeben werden solle, sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wieder aufzubauen. Unter den Zielen der Besetzung Deutschlands (Abschn. III A 3) wird die endgültige Umgestaltung des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage genannt. Als Richtlinie wird dabei angegeben, lokale Selbstverwaltung nach demokratischen Grundsätzen einzurichten und in ganz Deutschland alle demokratischen politischen Parteien zu erlauben und zu fördern. Ferner sollen in die maßgebenden Stellen des öffentlichen Lebens statt der Anhänger des nationalsozialistischen Systems Personen eingesetzt werden, die nach ihren politischen und moralischen Eigenschaften fähig erscheinen, an der Entwicklung wahrhaft demokratischer Einrichtungen in Deutschland mitzuwirken. Das Erziehungswesen soll so

überwacht werden, daß nach Beseitigung der nazistischen und militaristischen Lehren eine erfolgreiche Entwicklung der demokratischen Ideen möglich gemacht wird. Das Gerichtswesen soll entsprechend den Grundsätzen der Demokratie reorganisiert werden; hierzu bestimmt die Proklamation Nr. 3 des Kontrollrates vom 20. Oktober 1945, daß an die Stelle des terroristischen Systems der Nazigerichte eine Rechtspflege treten müsse, die sich auf die Errungenschaften der Demokratie, Zivilisation und Gerechtigkeit gründe; weiter wird in der Proklamation von Rechten des Angeklagten gesprochen, ‚wie sie die demokratische Rechtsauffassung anerkennt‘; der Zugang zum Richteramt soll allen Personen offenstehen, sofern sie die Grundsätze der Demokratie anerkennen. Betrachtet man alle diese Bestimmungen im Zusammenhang und hält man sie mit der unübersehbaren Zahl von Äußerungen führender alliierter Politiker und maßgebender Persönlichkeiten der Militärregierungen zusammen, die immer wieder von der Notwendigkeit des Aufbaus eines demokratischen Staatslebens in Deutschland sprechen, ohne im einzelnen anzugeben, wie dieses beschaffen sein soll, so zeigt sich, daß die Begriffe ‚Demokratie‘ und ‚demokratisch‘ damals im wesentlichen dazu dienten, das Bild des künftigen deutschen Staates mit einer Formel zu kennzeichnen, die es deutlich von dem eben beseitigten nationalsozialistischen System abhob. Mehr als diesen Inhalt kann man den Begriffen ‚Demokratie‘ und ‚demokratisch‘ auch im Potsdamer Abkommen nicht entnehmen. Das ergibt sich deutlich aus den angeführten Stellen des Abkommens, wo durchweg im Anschluß an die Forderung nach Beseitigung einer nationalsozialistischen Entartungserscheinung auf einem bestimmten Gebiet staatlicher Betätigung das Gegenbild mit der allgemeinen Bezeichnung ‚demokratisch‘ eingeführt wird.“

Im Anschluß an diese Feststellung charakterisierte die Urteilsbegründung die Unfähigkeit der Mächte der Anti-Hitler-Koalition, sich über „Demokratie“ und „demokratisch“ zu verständigen: „Daß die Unterzeichner des Potsdamer Abkommens eine Einigung über den weiteren Inhalt der Begriffe ‚Demokratie‘ und ‚demokratisch‘ nicht erreichen konnten, kann nicht wundernehmen. Die westlichen Alliierten einerseits, Sowjetrußland andererseits traten einander als Repräsentanten ganz verschiedenartiger staatlicher Ordnungen gegenüber, die sich zwar jeweils selbst als Demokratie bezeichneten, von ihren besonderen geistigen und geschichtlichen Voraussetzungen aus sich aber gegenseitig den Charakter ‚wirklicher‘ demokratischer Ordnung nicht zuerkennen konnten. Die westlichen Mächte gingen vom

<sup>178)</sup> G. Pfeiffer und H. G. Strickert, KPD-Prozeß. Dokumentarwerk zu dem Verfahren über den Antrag der Bundesregierung auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Kommunistischen Partei Deutschlands vor dem Ersten Senat des Bundesverfassungsgerichts, 3 Bde., Bd. I, Karlsruhe 1955, S. 224 ff.



Begriff der liberalen bürgerlichen Demokratie aus, die Vertreter Sowjetrußlands konnten von ihrer kommunistischen Auffassung aus nur dann einen Staat ‚demokratisch‘ nennen, wenn in ihm auch gewisse materielle — wirtschaftliche und gesellschaftliche — Voraussetzungen erfüllt waren. Daraus ergab sich die Selb-

der Rechtsverbindlichkeit des Potsdamer Abkommens für das deutsche Volk Stellung: „Mangels einer Einigung der Alliierten aber galt die allgemeine Regel des Potsdamer Abkommens, wonach die höchste Regierungsgewalt in Deutschland den Oberbefehlshabern



lichen Grundlage gibt, werden wir alles tun, um die größte Volksinitiative für die Lösung dieser Aufgabe zu entfalten.“<sup>181)</sup>

Beide Erklärungen stehen am Anfang der Bestrebungen, die Entwicklung in Mitteldeutschland als konsequente Beachtung und Durchführung des „Abkommens von Potsdam“ zu bezeichnen und zu rechtfertigen. In seiner Veröffentlichung „Zur Geschichte der neuesten Zeit“ erklärte Walter Ulbricht: „Die Grundprinzipien des Potsdamer Abkommens entsprechen völlig den Aufgaben, die sich die verantwortungsbewußten demokratischen Kräfte Deutschlands selbst gestellt hatten. Zwischen den Grundaufgaben des Potsdamer Abkommens und dem Aktionsprogramm der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 11. Juni 1945, dem sich der antifaschistisch-demokratische Block angeschlossen hatte, bestand völlige Übereinstimmung. Diese Übereinstimmung ergab sich gesetzmäßig aus einer einfachen Tatsache: Die Stalinsche Konzeption der Nachkriegsentwicklung in Deutschland beruhte auf einer wissenschaftlichen, marxistischen Analyse und einer tiefen Kenntnis des in Deutschland geschichtlich Notwendigen. Von der wissenschaftlichen Analyse der geschichtlichen Entwicklung Deutschlands ausgehend, erkannte das Potsdamer Abkommen die wirklichen Ursachen der nationalen Katastrophe Deutschlands in der Macht des aggressiven deutschen Imperialismus und Militarismus. Der Faschismus und sein Eroberungskrieg hatten ihre Wurzeln in der Herrschaft der deutschen Monopolherren und Junker über das deutsche Volk. Das Ziel des Potsdamer Abkommens war deshalb, Faschismus und Militarismus mit ihren Wurzeln, der Konzentration ökonomischer und politischer Macht in den Händen der Monopole, Kartelle und Truste, endgültig zu vernichten“<sup>182)</sup>. Stefan Doernberg bringt in seiner Veröffentlichung „Die Geburt eines neuen Deutschland 1945—1949“ das Abkommen von Potsdam mit der Errichtung der „DDR“ in Beziehung, indem er erklärt: „Die im Potsdamer Abkommen verkündeten gemeinsamen Ziele der Besetzung Deutschlands waren eine große Unterstützung für die demokratischen Kräfte des deutschen Volkes. Sie bildeten die völkerrechtliche Grundlage des Kampfes um die Beseitigung der Wurzeln des Faschismus und Militarismus. Der Abschluß des Potsdamer Abkommens wurde ermöglicht durch das neue Kräfteverhältnis, das sich am Ende des zweiten Welt-

krieges ergeben hatte, durch die gewaltige Autorität, die sich die Sowjetunion dank ihres entscheidenden Anteils an der Zerschlagung des Hitlerfaschismus in der ganzen Welt erworben hatte, und durch den Aufschwung der antifaschistischen und demokratischen Bewegung in allen Ländern. Auch das große positive Ende, das der Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945 in ganz Deutschland gefunden hatte, blieb nicht ohne Wirkung. Die grundsätzlichen Prinzipien und Forderungen, die von der KPD für die Nachkriegsgestaltung formuliert worden waren, fanden ihre Bestätigung durch das Potsdamer Abkommen. Mit ihm ‚war dem deutschen Volke‘, nach den Worten von Wilhelm Pieck, ‚die große Chance seiner Neugeburt als friedliche, demokratische, aber auch unabhängige und starke Nation gegeben‘. Es kam darauf an, wie die deutsche Arbeiterklasse diesmal ihre historische Aufgabe erfüllen würde. Es kam darauf an, ob die Massen der Arbeiter und Bauern es diesmal verstehen würden, Geschichte zu machen. Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik ist der Beweis, daß die Arbeiterklasse in diesem Teile Deutschlands ihre geschichtliche Mission mit Erfolg erfüllt“<sup>183)</sup>.

Diese propagandistische Interpretation des „Abkommens von Potsdam“ verfolgt letzthin das Ziel, die Politik der Bundesrepublik Deutschland zu diffamieren, da ihre Entwicklung sich nicht in Übereinstimmung mit den Beschlüssen von Potsdam befinde. Die Regierung der „DDR“ erließ zum 15. Jahrestag der Veröffentlichung des Potsdamer Abkommens ein Memorandum, in dem sie die bereits erwähnten Vorwürfe wegen angeblicher Nichteinhaltung der Beschlüsse von Potsdam durch Großbritannien und die Vereinigten Staaten von Amerika wiederholte: „Wären die Prinzipien des Potsdamer Abkommens in ganz Deutschland verwirklicht worden, dann gäbe es heute keine deutsche Frage und Deutschland bestünde als ein einheitlicher, demokratischer und friedliebender Staat. Deutschland hätte einen Friedensvertrag und das deutsche Volk sein uneingeschränktes nationales Selbstbestimmungsrecht.“ Die Regierung der „DDR“ betonte: „Die Deutsche Demokratische Republik hat die Grundsätze des Potsdamer Abkommens erfüllt. Sie ist der friedliebende und demokratische deutsche Staat und vertritt die Interessen der ganzen deutschen Nation.“ Sie betonte weiter, die Westmächte, insbesondere die Vereinigten Staaten von Amerika, hätten durch den Bruch des Potsdamer Abkommens

<sup>181)</sup> W. Ulbricht, Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Aus Reden und Aufsätzen, Bd. II: 1933—1946, Berlin 1954, S. 499 ff.

<sup>182)</sup> Ulbricht, Zur Geschichte der neuesten Zeit, Bd. I, 1. Halbband, S. 205 f.

<sup>183)</sup> St. Doernberg, Die Geburt eines neuen Deutschland 1945—1949. Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung und die Entstehung der DDR, Berlin (Ost) 1959, S. 53 f.



eine schwere Verantwortung auf sich geladen<sup>184)</sup>. Aus gleichem Anlaß erschienen mehrere Aufsätze, die die Richtigkeit dieser Auffassungen zu belegen und zu beweisen versuchten<sup>185)</sup>.

Am 20. Jahrestag der Unterzeichnung des „Abkommens von Potsdam“, am Montag, den 2. August 1965, fand im Cäcilienhof zu Potsdam ein Staatsakt statt, auf dem der Außenminister der „DDR“, Winzer, erklärte, in der „DDR“ seien die Grundprinzipien des „Potsdamer Abkommens“ verwirklicht, während die Bundesrepublik Deutschland gegen alle wesentlichen Bestimmungen verstoße. Zur Begründung dieser Behauptung erklärte Winzer: „Vor 20 Jahren wurde in den Räumen von Schloß Cäcilienhof um zwei Konzeptionen in der Deutschlandfrage gerungen. Zwei Wege boten sich an: Entweder die Herrschaft des Monopolkapitals, des Junkertums, des Militarismus und der reaktionären Bürokratie blieb erhalten und wurde konserviert, dann war es unvermeidlich, daß Deutschland gespalten, daß seine nationale Einheit zerstört wurde. Oder es wurden durch tiefgreifende demokratische Umwälzungen Garantien geschaffen, daß Deutschland ein friedlicher Staat wurde, von dem nie mehr eine Bedrohung anderer Völker ausgeht, dann wurde auch seine nationale Einheit gewahrt, dann blieb Deutschland ein einheitliches Ganzes. Aus dieser Zielsetzung ergaben sich die Hauptforderungen des Potsdamer Abkommens. Die Regierung der Sowjetunion hat hier in diesem Saal erreicht, daß Entmilitarisierung und Entnazifizierung, die Schaffung wahrhaft friedlicher und demokratischer Verhältnisse und die Wahrung der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands untrennbare Bestandteile des Potsdamer Abkommens wurden. Dafür ist das deutsche Volk der Sowjetunion zu tiefem Dank verpflichtet!“<sup>186)</sup>

Die Unzulässigkeit dieser Argumentation liegt auf der Hand: Weder Präsident Truman noch die Premierminister Churchill und Attlee wünschten in Deutschland ein kommunistisches

<sup>184)</sup> Memorandum zum 15. Jahrestag des Potsdamer Abkommens, veröffentlicht in: Außenpolitische Korrespondenz, 4. Jahrg. (1960), Nr. 26 (August 1960).

<sup>185)</sup> E. Benedix, Fünfzehn Jahre Potsdamer Abkommen, in: Geschichtswissenschaft und Staatsbürgerkunde, 2. Jahrg. (1960), S. 577 ff; D. Guhl, Die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens über die Entmilitarisierung und ihre Verwirklichung in beiden Teilen Deutschlands, in: Deutsche Außenpolitik, 5. Jahrg. (1960), S. 921; H. Kröger, Das Potsdamer Abkommen — eine internationale Rechtsgrundlage des nationalen Kampfes des deutschen Volkes, in: Staat und Recht, 9. Jahrg. (1960), S. 1456 ff.

<sup>186)</sup> Neues Deutschland, 20. Jahrg. (1965), Nr. 211 vom 3. August 1965.

Regime zu errichten. Sie ließen jedoch Bezeichnungen, Begriffe und Formulierungen zu, die Stalin auf seine, d. h. marxistische Weise verstand und auslegte. Der Gegensatz zwischen Ost und West steckt in den Details des „Abkommens von Potsdam“. Das Zeugnis der Einmütigkeit wurde zum Beweis der Uneinlichkeit.

Der in der manipulierten Aufwertung des „Abkommens von Potsdam“ enthaltenen Verwirrung zeitgeschichtlicher Auffassungen und Gefährdung des internationalen Ansehens der Bundesrepublik Deutschland entgegenzuwirken, ist eine vordringliche Aufgabe von Forschung, Politik und Bildungsarbeit. Dabei werden sowohl die geschichtlichen Tatsachen als auch die ideologischen Unterschiede berücksichtigt werden müssen. Dem „Abkommen von Potsdam“ sollte das Schicksal des Vertrages von Versailles, zur Beunruhigung der ihm folgenden Zeitspanne beigetragen zu haben, erspart bleiben. Auch sollte nicht durch ein beharrliches Schweigen der Ansicht Vorschub geleistet werden, das Herrschaftssystem in Mitteldeutschland sei zur Bezugnahme auf das „Abkommen von Potsdam“ berechtigt.

#### 4. Zur Beurteilung der Konferenz

Die Konferenz von Potsdam schließt in mehrfacher Hinsicht eine geschichtliche Entwicklung ab. Zum letztenmal berieten die Großen Drei. Ihre Zusammenkunft vor den Toren Berlins ist zeitlich und sachlich noch den Kriegskonferenzen zuzuordnen. In Jalta war noch nicht erkennbar, wann der Krieg in Europa verstummt. Er ging rascher zu Ende, als die Militärs errechnet hatten, die erst für den Hochsommer 1945 die Einstellung der Feindseligkeiten erwartet hatten. Das Kriegsende fand die westlichen Staatsmänner und Diplomaten nur mangelhaft vorbereitet. So war eine Konferenz notwendig, die die bisherigen Beratungen über die Nachkriegsprobleme zum Abschluß brachte. Zwischen der militärischen Kapitulation und dem Zusammentritt der Konferenz von Potsdam wurden in Deutschland, vornehmlich in der sowjetischen Besatzungszone, Tatsachen geschaffen, die deren Beratungen einen besonderen Charakter gaben.

Die Konferenz von Potsdam war auch personell verändert. An Stelle Roosevelts kam Truman nach Europa. Churchill war von der Sorge um den Ausgang der englischen Parlamentswahlen begleitet und kehrte, nachdem die Labour Party bei den Wahlen zum Unterhaus am 26. Juli 1945 einen eindrucksvollen Sieg davontrug, nicht mehr nach Potsdam zurück. Nur die Sowjetunion war wie auf den vorhergegangenen Konferenzen der Großen Drei



durch Stalin vertreten, der damit bereits in sachlicher Hinsicht eine Überlegenheit zumindest in Anspruch nehmen konnte. Potsdam ist die letzte Zusammenkunft der Großen Drei, bevor sie aus ihren Ämtern schieden oder durch den Tod abberufen wurden. Die Großen Drei von Potsdam fanden sich nicht wieder zusammen.

Was die Konferenz von Potsdam für Deutschland und auch für Europa bedeutet, ist in ihrer geschichtlichen Auswirkung noch nicht zu übersehen. Die Beschlüsse von Potsdam legten dem deutschen Volk Maßnahmen auf, deren Auswirkungen erst im geschichtlichen Abstand beurteilt werden können. Deutschland wurde der größten Veränderung seiner an dramatischen Ereignissen nicht armen Geschichte unterworfen. Potsdam veränderte die jahrhundertalten Gegebenheiten des deutschen Volkes in Mitteleuropa entscheidend. Potsdam setzte für das deutsche Volk, das sich im Zustand völliger Rat- und Hilflosigkeit befand, den Anfang einer neuen Entwicklung. So beispiellos die Situation war, in die Verblendung und Verbrechen das deutsche Volk gebracht haben, so beispiellos war auch die Behandlung, die gegen das deutsche Volk angewandt wurde. In Potsdam wurde sichtbar, in welche Katastrophe der „Höllenzug des Diktators“ das deutsche Volk gerissen hatte. Sein Schatten stand über den Entscheidungen, die in Potsdam getroffen wurden. Seine Untat saß am Tisch, an dem beschlossen wurde, Völker aus jahrhundertalten Siedlungen zu vertreiben und Grenzen zu verschieben. Eine Teufelskette umschließt den „Tag von Potsdam“ (21. März 1933), an dem die Machtergreifung Hitlers an der Stätte altpreußischer Tradition demonstriert und wohl auch für einen Teil der Öffentlichkeit legalisiert wurde, und die „Konferenz von Potsdam“ (17. Juli bis 2. August 1945). Weder die „Konferenz von Potsdam“ noch der „Tag von Potsdam“ leiteten eine Periode des Friedens ein.

So einschneidend der Ausgang der Konferenz von Potsdam für Deutschland war, er erfolgte in einer Atmosphäre der Unbestimmtheiten und Unklarheiten, der Möglichkeiten und Wahrscheinlichkeiten. Hans Rothfels erklärte in einer geschichtlichen Würdigung der Konferenz von Potsdam: „Die Dreimächtekonferenz, die vom 17. Juli bis 2. August in Potsdam tagte, hat mit einem Abkommen geendet, das sich zum Zweck setzte, die Schaffung eines gerechten und dauerhaften Friedens zu sichern. Das sind Worte, die nach Ablauf eines Jahrzehnts, im Rückblick sowohl auf die Krisen, die es erfüllt haben, wie im Rückblick auf die überaus schwierigen Aufgaben, mit denen die Genfer Konferenz zu ringen hatte,

einen höchst fatalen Klang haben . . . Zunächst einmal ist Potsdam, so sehr der Name die Bedeutung eines verhängnisvollen Symbols angenommen hat, wie sich versteht, nur das Endglied einer Kette. Sie ist vom nationalsozialistischen Deutschland mit dem Scheinbild eines Großreichs und der tatsächlichen Gefährdung des geschichtlichen Europas, mit der Zusammenbringung der ‚unnatürlichen Allianz‘ von West und Ost und dem Widerstand von sinnloser Verlängerung bis zum Chaos hin allererst geknüpft worden. Und sie hat bei seinen Gegnern Zug um Zug Gestalt gewonnen, in Casablanca, Teheran und Jalta . . . Das gilt von der Preisgabe des deutschen Ostens insbesondere. Es ist bekannt und kann nicht oft genug betont werden, daß — abweichend von der englisch-amerikanischen Verpflichtung zur Unterstützung des willkürlichen sowjetischen Anspruchs auf das nördliche Ostpreußen — die Festsetzung der Westgrenze Polens in Potsdam ausdrücklich bis zur Friedenskonferenz ‚zurückgestellt‘ worden ist und daß die deutschen Gebiete jenseits der Oder und der westlichen Neißer nur polnischer Verwaltung unterstellt wurden. Aber wie gefährlich unterschätzte der Westen hier wie auch in der Frage demokratischer Garantien für Polen selbst die Macht des *fait accompli*! Und wie platonisch blieben die Sicherungen, die das Abkommen für die Ausweisung Deutscher aus Polen (tatsächlich auch aus dem ‚Verwaltungsgebiet‘), aus der Tschechoslowakei und Ungarn vorsah! Die Bedingung ‚ordnungsgemäßer‘ und ‚humaner‘ Überführung klingt den Tatsachen gegenüber wie bittere Ironie, und das Wort Potsdam selbst ist belastet mit der faktischen Legalisierung einer der ungeheuerlichsten Vorgänge unserer Zeit, der nicht nur deutsche Menschen, sondern das Menschentum überhaupt schwer getroffen hat und für die Beziehungen zwischen den europäischen Völkern ein gefährliches Präzedenz darstellt — weit noch über die Hitlerschen Ansätze hinaus. Schließlich blieb auch das bloß Papier, was das Potsdamer Abkommen über die Erhaltung der wirtschaftlichen Einheit (Rest-) Deutschlands, über die ‚gleiche‘ Behandlung — soweit praktisch durchführbar — der ‚ganzen deutschen Bevölkerung‘ sowie über die mindestens indirekte politische Einheit auf dem Wege über den Kontrollrat beschlossen hat. Dies ist der Punkt, an dem vollends deutlich wird, daß die verhängnisvolle Rolle, die Potsdam als Ausgangspunkt für die Gefährdungen Deutschlands und Europas in den letzten zehn Jahren gespielt hat, aber weniger am Buchstaben des Abkommens als an seiner Ausführung wie zum Teil an seiner Nichtausführung hängt. Wie sehr auch immer der Glaube an eine Einig-



keit der drei Hauptmächte durch die Ereignisse zwischen Jalta und Potsdam schon erschüttert war, letzten Endes ist doch diese Illusion die Voraussetzung des Abkommens vom 2. August gewesen. Ihr Zerschellen hat daher den an sich schon gegebenen zerstörerischen Möglichkeiten von Potsdam die Bahn freigemacht.“<sup>187)</sup>

Über die Bedeutung der Konferenz vor den Toren der unter Vier-Mächte-Verwaltung gestellten Reichshauptstadt für die Weltpolitik sagt Herbert Feis in seiner eindrucksvollen Untersuchung: „Die Tage von Potsdam hatten eine Zeit der Begeisterung sein sollen. Der

---

<sup>187)</sup> H. Rothfels, Vor zehn Jahren wurde Deutschland geteilt, in: Das Parlament, Nr. 31 vom 3. August 1955.

Feind lag am Boden. Leid und Trennung waren vorüber. Große, feierliche Versprechen waren eingehalten, eine noch größere Tapferkeit bewiesen worden. Die Vereinten Nationen hatten Möglichkeit und Mittel, die ganze Welt nach den Vorstellungen von Freiheit, Gerechtigkeit, Frieden und fairem Wohlstand umzugestalten. Aber während Volksmassen in Freude ausbrachen, wußten die Regierungskreise, daß die Aussichten umdüstert waren. Als sie die Szene ihres Triumphes überschauten, froren ihre Gedanken unter dem Relief gegenseitigen Mißtrauens und gegenseitiger Abneigung zwischen Westalliierten und Sowjetunion.“<sup>188)</sup>

---

<sup>188)</sup> Feis, Zwischen Krieg und Frieden, S. 302.